

# Der Kurswechsel der sowjetischen Mitteleuropapolitik nach der Rheinlandbesetzung\*

von

Ivan Pfaff

Am 7. März 1936 marschierten deutsche Truppen in die demilitarisierte Rheinlandzone ein; gleichzeitig kündigte Deutschland den Locarno-Vertrag auf. Der deutsche Vorschlag, mit allen Nachbarn des Reiches Nichtangriffspakte abzuschließen, der die Remilitarisierung des Rheinlandes und die Kündigung Locarnos begleitete, strebte danach, das Sicherheitssystem von 1935 durch ein Netz von bilateralen Verträgen zu sprengen. Der nicht nur gegen die Beistandspakte Moskaus mit Paris und Prag, sondern gegen das ganze Versailler System selbst gerichtete aggressive Akt Hitlers bot die allerletzte sichere Chance, dem Vormarsch Hitlers ohne Krieg Einhalt zu gebieten und durch eine Gegenaktion möglicherweise sogar das NS-System in Deutschland zum Einsturz zu bringen.<sup>1</sup> Diese Chance wurde ver-

## Abkürzungen:

AA	— Auswärtiges Amt, Bonn
ADAP	— Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik
AMZV	— Archiv ministerstva zahraničnických věcí [Archiv des Außenministeriums], Prag
AÚD KSC	— Archiv Ústavu dějin KSČ [Archiv des Instituts für Geschichte der KPČ], Prag
BA	— Bundesarchiv, Koblenz
DBFP	— Documents on British Foreign Policy
DDF	— Documents Diplomatiques Français
FO	— Foreign Office, London
FRUS	— Foreign Relations of the United States
MA	— Militärarchiv, Freiburg
NA	— National Archives of the United States, Washington
PAAA	— Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn
PRO	— Public Record Office, London
SÚA	— Státní ústřední archiv [Staatliches Zentralarchiv], Prag
VHA	— Vojenský historický archiv [Militärgeschichtliches Archiv], Prag
ČsČH	— Československý časopis historický [Tschechoslowakische Historische Zeitschrift]

\*) Herrn Prof. Dr. Gotthold Rhode, Mainz, zu seinem 70. Geburtstag am 28. Januar 1986 gewidmet. Die Thematik des vorliegenden Beitrags berührt die folgenden Veröffentlichungen des Jubilars: G. Rhode: Außenminister Josef Beck und Staatssekretär Graf Szembek, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 2 (1954), S. 86—94; ders.: Das Jahr 1938 in der europäischen und deutschen Geschichte, in: Probleme der böhmischen Geschichte, München 1964, S. 128—145.

1) N. Henderson: Fehlschlag einer Mission, Zürich 1940, S. 46; K. D. Bracher: Die Krise Europas 1917—1975 (Propyläen Geschichte Europas, Bd. 6), Berlin 1976, S. 173. Die Meinung, daß dies nicht ohne Krieg zu realisieren gewesen wäre (A. François-Poncet: Als Botschafter in Berlin, Mainz 1947, S. 261; Earl of Avon: The Eden Memoirs, Vol. I: Facing the Dictators, London 1962, S. 353) ist durchaus verfehlt, da die deutschen Truppen bekannt-

tan durch die passive Hinnahme der Herausforderung Hitlers von Seiten Frankreichs. Während diese Hinnahme in der Literatur schon hinreichend dargestellt worden ist, wurde der sowjetischen Reaktion auf die Rheinlandbesetzung sowie den Konsequenzen, die die Sowjetpolitik aus ihr gezogen hat, in der Forschung bisher keine systematische Aufmerksamkeit gewidmet.

### Die sowjetische Reaktion auf die Rheinlandbesetzung

Die erste sowjetische Reaktion auf den Einmarsch Hitlers in die Rheinlandzone brachte der Londoner Botschafter der UdSSR, Majskij, am 9. und 10. März gegenüber Lord Cranborne zum Ausdruck. Die Sowjetregierung sei davon überzeugt, daß es katastrophale Folgen hätte, falls man sich mit diesem letzten Fall deutscher Vertragsbrüche abfinden würde. Es sei noch Zeit, Europa vor der Gefahr eines Angriffskrieges zu retten, falls man jetzt eine feste Haltung einnehme, doch sei dies die letzte Gelegenheit. Der deutsche Einmarsch sei die letzte Aktion in einer langen Kette, die nur in der vollständigen Destruktion der kollektiven Sicherheit enden könne. Die Sowjetregierung stelle sich entschieden gegen jegliche Verhandlung mit Berlin gerade zur Zeit, in der die Reichsregierung einen freiwillig eingegangenen Vertrag aufkündigte, und sie setze sich für eine resolute Tat des Völkerbundes ein.<sup>2</sup> In der Sowjetunion selbst wurde die Remilitarisierung des Rheinlandes und die Kündigung des Locarno-Vertrages mit „Entrüstung“ und „stärkster politischer Verärgerung“ aufgenommen; es wurde Unnachgiebigkeit empfohlen, und man gab deutlich zu verstehen, daß man „kein Druckmittel, sofern es nicht gerade den Krieg entfesseln würde, als zu weitgehend erachte“, und daß die UdSSR von vornherein „jede kollektive Zwangmaßnahme gegenüber Deutschland bereitwillig mitmache“.<sup>3</sup>

Dies kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß jegliche Andeutung sorgfältig vermieden wurde, daß die Sowjetunion gemeinsam mit Frankreich an einer bewaffneten Gegenaktion teilnehmen könnte und daß zum erstenmal die Anwendung des französisch-sowjetischen Paktes von 1935 gegeben worden wäre. Die apriorische Behauptung der Sowjetliteratur, die Sowjetregierung habe nach der Remilitarisierung „ihre Bereitschaft erklärt, Frankreich jede Hilfe zu gewähren, wenn es . . . von Deutschland angegriffen würde“, sie habe betont, der franko-sowjetische Pakt „enthielte keinerlei Einschränkungen“ hinsichtlich der Hilfeleistungsbedingungen und sie sei sogar bereit gewesen, „noch mehr zu tun, als der  
lich den Befehl hatten, sich zurückzuziehen, wenn sie auf bewaffneten Widerstand gestoßen wären.

2) Deutsche Botschaft (Bismarck) an das AA, London 11. 3. 1936, Polit. Abt. II, Pol. 2 Rußland, Bd. 23, fol. 61, PAAA Bonn; Gesandter J. Masaryk an Außenminister Krofta, London 10. 3. 1936, London 1936, Nr. 10, AMZV Prag; Eden an Botschafter Chilston nach Moskau, London 12. 3. 1936, DBFP, 2nd Ser., Vol. XVI, London 1977, No. 71, S. 97—98.

3) Botschaftsrat Tippelskirch an das AA, Moskau 23. 3. 1936, ADAP, Ser. C, Bd. V/1, Göttingen 1977, Nr. 194, S. 243—246.

Vertrag offiziell fordere“<sup>4</sup>, entbehrt jeder Grundlage. Im Gegenteil, in den sowjetischen Auftritten gegen die deutsche Rheinaktion ist nicht der geringste Hinweis auf den Pakt Paris-Moskau bzw. auf eine eventuelle russische Assistenz, falls sich Frankreich zu einer Intervention aufrufen würde, zu finden. Die Erklärung dafür ist nur teilweise in der Feststellung zu suchen, daß der militärische Wert des Paktes Paris-Moskau für die Sowjetunion durch die Remilitarisierung stark abgewertet wurde und daß die unmittelbare Bedeutung der Rheinlandkrise für Moskau in einem Test der Entschlossenheit Frankreichs beruht habe.<sup>5</sup>

Daß die Sowjets die Tragweite der Rheinlandbesetzung relativierten und das bedrohte Sicherheitsinteresse ihres französischen Verbündeten gar nicht in Betracht zogen, zeigt auch die verbindliche offizielle sowjetische Reaktion auf den deutschen Schritt in der Londoner Völkerbundsrede Litwinovs vom 17. März 1936. Der sowjetische Außenkommissar konzentrierte sich auf den deutschen Vorwand der Remilitarisierung und der Kündigung Locarnos — auf den französisch-sowjetischen Pakt, dem er jegliche Funktion absprach, die eine so überzogene Reaktion Deutschlands gerechtfertigt hätte. Er enthüllte auch die Zersetzungs- und Isolierungsziele des deutschen Vorschlags der Nichtangriffspakte mit den Nachbarn Deutschlands, berücksichtigte jedoch mit keinem Wort die neuentstandene Lage Frankreichs und ebensowenig die Folgen der Rheinlandbesetzung für das Sicherheitssystem Mitteleuropas.<sup>6</sup> Ähnlich klang auch der außenpolitische Beschluß des Moskauer Politbüros vom 13. März, in dem nicht einmal von der Tatsache der militärischen Okkupation des Rheinlandes die Rede war, von der Eventualität einer französischen militärischen Gegenaktion ganz zu schweigen. Das Politbüro räumte nur ein, daß die „Verletzung“ Locarnos (nicht dessen Kündigung!) einen für die UdSSR „außerordentlich gefährlichen Versuch“ darstelle, „jede praktische Bedeutung des französisch-sowjetischen Paktes durch Schaffung eines Festungsgürtels an der Westgrenze Deutschlands zu untergraben“, und daß die von Hitler vorgeschlagenen Nichtangriffspakte das System der kollektiven Sicherheit „zum Scheitern“ bringen sollten, doch auf das eigentliche Meritum der Sache ging es bemerkenswerterweise nicht ein.<sup>7</sup>

4) Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion, Bd. 1, Berlin(-Ost) 1962, S. 106.

5) M. Beloff: *The Foreign Policy of Soviet Russia 1929—1941*, Vol. II, Oxford 1949, S. 50.

6) Der Wortlaut der Rede Litwinovs in: *Soviet Documents on Foreign Policy*, Vol. III, hrsg. von J. Degras, Oxford 1953, S. 170—178 und in: M. Litwinov: *Against Aggression*, London 1939, S. 24—27. Die beste Analyse der Rede bringt G. Niedhart: *Großbritannien und die Sowjetunion 1934—1939*, München 1972, S. 342.

7) Außenpolitischer Beschluß des Politbüros der KPdSU (B), Moskau 13. 3. 1936, Adjutantur des Führers, N 10, Bd. 62, fol. 164—167, BA Koblenz (abgedruckt im Anhang 1). Der Beschluß, einer von 20 vor allem im BA Koblenz, zum kleinen Teil auch im PAAA Bonn gefundenen Aktenstücke, stellt das einzige authentische unveröffentlichte sowjetische Quellenmaterial dar, das sonst der westlichen Forschung unzugänglich ist. Die Beschlüsse widerlegen eindeutig die traditionellen amerikanischen Auffassungen, die noch in der neuesten Mono-

Erst am 8. April, als es bereits zu spät war, verurteilte das Politbüro die Rheinlandbesetzung als „einen neuen Akt der Aggression“ und als „Vorbereitungsmaßnahme für künftige Eroberungspläne Hitlers“, prangerte „Ratlosigkeit, Schwäche, Unentschlossenheit, Nachgiebigkeit, Mangel an Mut“ französischerseits an und bezeichnete die französische Hinnahme der Tat Hitlers als eine „ausgesprochen katastrophale Niederlage des Systems der kollektiven Sicherheit“.<sup>8</sup>

Im Licht der sowjetischen Passivität erscheinen die sonst interessanten Gerüchte über eine vorbereitete sowjetische Intervention gegen Deutschland via ČSR recht absurd, die seit dem 12. März in britischen diplomatischen Kreisen auftauchten. Wie aus einer „Geheimquelle“ verlautete, sollte der Prager Sowjetgesandte Aleksandrovskij am 11. März die tschechoslowakische Regierung von dem „Wunsch der Sowjetregierung“ in Kenntnis gesetzt haben, die Tschechoslowakei als Zwischenlandungsplatz für 350 Sowjetflugzeuge zu nutzen, die auf das angebliche Ersuchen des französischen Außenministers Flandin hin von der Sowjetunion nach Frankreich hätten entsandt werden sollen.<sup>9</sup> Am 12. März soll die Prager Regierung die Zwischenlandung der für Frankreich bestimmten sowjetischen Luftflotte gebilligt haben<sup>10</sup>, und zugleich soll sie — gemäß polnischen Angaben — beschlossen haben, „deutsche Herausforderung dürfe weder de-

graphie vertreten werden: V. M a s t n y : Moskaus Weg zum Kalten Krieg, München 1980, S. 29. Demnach soll Stalin in der Außenpolitik erst 1938 die volle Kontrolle erworben haben: R. M. S c h l u s s e r : The Role of Foreign Ministry, in: Russian Foreign Policy, Yale Univ. Press 1962, S. 217—230. Die Beschlüsse beweisen jedoch, daß er diese Kontrolle schon 1935 voll besessen hat, was auch die Vermutung M a s t n y s widerlegt, Stalin sei „zwar in der Lage gewesen, eine solche Kontrolle auszuüben, habe jedoch zunächst absichtlich vermieden, eine dominierende Rolle zu spielen“. Auch ist es ganz ausgeschlossen, daß Litvinov in Genf „mindestens so freie Hand hatte wie allgemein die Außenminister der demokratischen Länder“: F. B. W a l t e r s : A History of the League of Nations, Vol. I, New York 1952, S. 359; Litvinov war vollkommen abhängig von den Politbürobeschlüssen, die ihm detailliert die Linie auferlegten, die er zu verfolgen hatte. Im Lichte dieser Beschlüsse klingt die Behauptung noch absurder, Stalin habe „die sowjetische Außenpolitik bis etwa 1938 zu einer zweitrangigen Angelegenheit reduziert“: J. D. G l a s s m a n : Soviet Foreign Policy Decision Making (Columbia Essays in International Affairs: The Dean Papers 1967, Vol. III), New York 1968, S. 380—388. Im Gegenteil, die Beschlüsse des Moskauer Politbüros offenbaren die höchst aktive Rolle, die die sowjetische Parteiführung mit Stalin an der Spitze in der Außenpolitik der UdSSR einnahm. — Alle Beschlüsse werden abgedruckt und analysiert in einer vom Vf. geplanten Quellenveröffentlichung.

8) Beschluß des Politbüros der KPdSU (B), Moskau 8. 4. 1936, Gesandtschaft Wien, Berichte des Gesandten v. Papen an den Führer und Reichskanzler, Oktober 1934—Februar 1938, Bd. 2, PAAA Bonn (abgedruckt im Anhang 2).

9) Geschäftsträger Hadow an Eden, Prag 12. 3. 1936, DBFP, 2nd Ser., Vol. XVI, London 1977, No. 85, Fußnote 1, S. 113. Auch der deutsche Geschäftsträger in Bukarest berichtete nach Berlin über ein „Gerücht, daß durch Entsendung russischer Flugzeuge in die Tschechoslowakei... Deutschland zu Gegenmaßnahmen provoziert werden soll, die dann als Vorwand zu militärischen Sanktionen dienen könnten“: Pochhammer an das AA, Bukarest 13. 3. 1936, ADAP, Ser. C, Bd. V/1, Nr. 93, S. 119.

10) Hadow an Eden, Prag 13. 3. 1936 (9, 30), DBFP (wie Anm. 9), No. 87, S. 114.

iure noch de facto anerkannt werden. Berlin müsse gezwungen werden, die Wiederherstellung der entmilitarisierten Zone vorzunehmen, ohne ihm zu große Demütigung aufzuerlegen“.<sup>11</sup>

Obwohl selbst Beneš persönlich am 13. März das unsinnige Gerücht von der Zwischenlandung von Hunderten sowjetischer Flugzeuge in der Tschechoslowakei auf deren Flug nach Frankreich gegenüber dem britischen Geschäftsträger Hadow dezidiert dementierte, wobei er auf die Nichtexistenz jedweder militärischen Abmachung Prags mit Moskau nachdrücklich hinwies<sup>12</sup>, operierte man im Londoner Foreign Office ganz im Ernst mit der Behauptung von der angeblich im Dezember 1935 getroffenen tschechoslowakisch-sowjetischen Vereinbarung über „praktische Kooperation in Fragen der Luftwaffe“<sup>13</sup>, und es bedurfte eines ausdrücklichen kategorischen Dementis sowohl Flandins<sup>14</sup> als auch des sowjetischen Verteidigungskommissariats<sup>15</sup>, um das Gerücht endgültig ins Reich der Märchen zu verweisen. Am 17. und 25. März dementierte der tschechoslowakische Außenminister Krofta mit allem Nachdruck sowohl die Gerüchte über sowjetische Zwischenlandungen in der ČSR als auch die Existenz eines tschechoslowakisch-sowjetischen Abkommens, das diese ermöglichen würde.<sup>16</sup>

Dennoch blieb die Glaubwürdigkeit des Gerüchts noch nach dessen Abklingen auch für den kritischen Sir Robert Vansittart, Unterstaatssekretär im Foreign Office, nur „abgeschwächt“.<sup>17</sup> Die ganze Affäre, die für einige Tage das Flußbett der europäischen Politik trübte und undeutlich auf eine Kriegsgefahr hindeutete, illustrierte nicht nur die Atmosphäre des allgemeinen Mißtrauens und der unbegründeten Mutmaßungen nach dem 7. März 1936. Sie scheint eine deutsche Erfindung und Desinformation gewesen zu sein, einkalkuliert zur Beeinflussung der britischen Diplomatie gegen die „Achse“ Paris-Prag-Moskau und zur Ablenkung von den Aktionen gegen die Rheinlandbesetzung<sup>18</sup>: Hadow stand übrigens der Sudeten-

11) Papen an Hitler, Wien 17. 3. 1936, Gesandtschaft Wien, Berichte des Gesandten v. Papen an den Führer und Reichskanzler, Bd. 2, PAAA Bonn.

12) Hadow an Eden, Prag 13. 3. 1936 (14, 35), DBFP (wie Anm. 9), No. 85, S. 113.

13) Aktennotiz Wigrams, London 14. 3. 1936, ebenda, No. 87, Fußnote 5, S. 115.

14) Eden an Hadow nach Prag, London 14. 3. 1936, ebenda, No. 93, S. 121; Edens Erklärung an die Regierungssitzung, Cabinet Meeting No. 20, London 16. 3. 1936, CAB 23 (Conclusions), Vol. 83/20 (36) 6, PRO London.

15) Chilston an Eden, Moskau 15. 3. 1936, DBFP (wie Anm. 9), No. 107, S. 136. Starke Zweifel an der Authentizität des Gerüchts sprach am 15. 3. 1936 der Pariser Botschafter Clerk aus: ebenda, No. 106, S. 136.

16) Hadow an Eden, Prag 17. und 25. 3. 1936, FO 371, Vol. 20376, Doc. R 1646, R 1760, R 1983, PRO London.

17) Aktennotiz Vansittarts, London 17. 3. 1936, DBFP (wie Anm. 9), No. 107, Fußnote 2, S. 137: „I confess that I was both suspicious and apprehensive at first, but my grounds for that have been at least attenuated“.

18) Die Sowjets bezeichneten das Gerücht als „a German invention intended to justify further German action“; Chilston war mit dieser Beurteilung voll einverstanden: Chilston an Eden, Moskau 15. 3. 1936 (Sign. wie Anm. 15). Die Schlußfolgerung eines britischen Diplomaten, daß die Sowjets die falschen Gerüchte über sowjetische Flüge nach Frankreich via ČSR erfunden hätten, um die französisch-deutschen Beziehungen zu verschärfen und um selbst in trüben

deutschen Partei Henleins sehr nahe und seine Berichterstattung nach London trug deutliche Spuren dieser seiner politischen Sympathien. Vor allem verrät das Gerücht dessen propagandistische Herkunft deshalb, weil es direkt der deutschen Propaganda über „sowjetische Flugplätze“ und Stationierung sowjetischer Flugzeuge in der Tschechoslowakei entsprach und weil am 12. März sowohl in Paris als auch in Prag die Würfel für eine passive Hinnahme der Remilitarisierung schon gefallen waren, von der technischen Undurchführbarkeit einer solchen sowjetischen Zwischenlandung auf tschechoslowakischen Flugplätzen, die 1936 noch nicht für eine Aufnahme ausländischer Maschinen ausgestattet waren, ganz zu schweigen.

Hitlers Vorgehen am Rhein wurde zu Recht als ein „Epochendatum der Zwischenkriegszeit“ bezeichnet<sup>19</sup>, denn die Remilitarisierung trug in die europäische Entwicklung überhaupt und in die tschechoslowakische wie sowjetische Außenpolitik insbesondere einen tiefen Bruch und Einschnitt hinein, von dem eine unaufhaltsame kontinuierliche Linie nach München führt. Der 7. März 1936 ist ein Wendepunkt sowohl für die westliche Politik der allmählichen Räumung von Positionen durch das „Appeasement“ als auch für die Abwertung und Zersetzung des franko-sowjetisch-tschechoslowakischen Bündnissystems. Die passive Hinnahme der Herausforderung Hitlers durch Frankreich zerrüttete das bisherige mitteleuropäische Sicherheitssystem, wie es nicht erst seit Mai 1935, sondern schon seit Versailles bestanden hatte, und leitete die Auflösung des französisch-sowjetischen Bündnisses durch eine beschleunigte Räumung der französischen Positionen in Mitteleuropa und die Hinwendung Frankreichs zu Großbritannien ein. Mit dieser westlichen Politik korrespondierte der nach März 1936 nach und nach eingeschlagene Weg der Sowjets zur Kursänderung ihrer Politik, zum Verzicht auf die Litvinovsche Orientierung auf das System der kollektiven Sicherheit und infolgedessen schließlich zur Isolation der Sowjetunion gegenüber Europa und damit zur Distanzierung von den mitteleuropäischen Bündnisverpflichtungen Moskaus.

Dieser Aspekt der Folgen des Rheinlandeinmarsches wird allerdings in der Literatur verkannt, die „nur“ den Zusammenbruch des französischen Bündnissystems in Mitteleuropa und die Trennung Frankreichs von seinen osteuropäischen Verbündeten hervorhebt.<sup>20</sup> Von den Teilnehmern des franko-sowjetisch-tschechoslowakischen Systems drückte die katastrophalen Folgen des Rheinlandeinmarsches Hitlers und dessen passive Hinnahme am deutlichsten Anfang April der außenpolitische Beschluß des Moskauer

---

Gewässern zu fischen, scheint daher ganz aus der Luft gegriffen zu sein: Memorandum des FO „The Soviet attitude towards the present crisis in Europe“, London 3. 4. 1936, FO 371, Vol. 20376, Doc. R 1983, PRO London.

19) Bracher (wie Anm. 1), S. 174.

20) Niedhart (wie Anm. 6), S. 257—258; R. Franke: London und Prag 1919—1938, München, Wien 1981, S. 256—258; W. L. Shirer: Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, Bd. I, München 1966, S. 328; A. J. P. Taylor: The Origins of the Second World War, London 1961, S. 100—102; Geschichte der Diplomatie, Bd. III, Moskau 1947, S. 638 u. v. a.

Politbüros aus. Er betonte, daß die Remilitarisierung des Rheinlands „die Räumung der mitteleuropäischen Positionen Frankreichs sowie die Zersetzung des noch nicht festgefügtten franko-sowjetischen Sicherheitssystems einleitet“, sprach die Erwartung aus, daß „die passive Hinnahme der Provokation Hitlers zwangsläufig zu einer allmählichen Abschwächung des franko-sowjetischen Bündnisses führen wird“, und stellte fest, daß „es Deutschland gelungen ist, Mitteleuropa zu isolieren, indem es einen Sperrriegel zwischen Frankreich und Zentraleuropa vorgeschoben hatte“. Er betrachtete „das französische Sicherheitssystem in Mitteleuropa bereits heute als zusammengebrochen“, stellte die Bereitschaft Frankreichs, „die Interessen seiner Verbündeten in Mittel- und Osteuropa zu verteidigen“, in Frage und wies darauf hin, daß die zusätzliche geographische und strategische Trennung Frankreichs von Mitteleuropa „die französische Hilfe an die Sowjetunion und an die Tschechoslowakei sehr erheblich beeinträchtigt“.<sup>21</sup>

Nach den deutschen Informationen verstärkte die widerstandslos vollzogene Rheinlandbesetzung in der französischen Politik ganz beträchtlich die russische Karte in Paris, die „unter allen Umständen als notwendig“ betrachtet wurde, und zwar in solchem Umfang, daß man deutscherseits in der „nachdrücklichen ... Pflege der Freundschaft zu Sowjetrußland“ eine substantielle Komponente der französischen Volksfrontregierung erblickte. Dabei wußte man jedoch zu berichten, daß in Frankreich gleichzeitig „weitgehende Zweifel“ bestanden, ob das Verhältnis nicht den Charakter einer Bindung angenommen habe, die für die UdSSR vorteilhafter sei als für Frankreich.<sup>22</sup> Übrigens erkannten die Deutschen innerhalb von Tagen recht gut, daß das französische Bündnis für die Sowjetunion entwertet sein werde, sobald die neue Westgrenze Deutschlands befestigt sein würde.<sup>23</sup> Die Sowjets selber empfanden den deutsch-österreichischen Vertrag vom 11. Juli 1936, der Österreich in das Schlepptau des Dritten Reiches brachte, als den zweiten erfolgreichen Schlag Deutschlands gegen die Sicherheit Mitteleuropas und gegen das französische Bündnisssystem, wobei sie beträchtliche Zweifel gehegt hatten, ob Frankreich nach der russischerseits erwarteten „unabwendbaren Annexion Österreichs durch Hitler“ auch nur versuchen würde, der Tschechoslowakei zu helfen.<sup>24</sup>

Doch statt das Bündnis mit der Sowjetunion zu intensivieren, wie es in den ersten Wochen nach der Remilitarisierung den Anschein hatte, bemühte man sich in Frankreich, den Pakt Paris-Moskau paradoxerweise gerade infolge des 7. März zu disqualifizieren. Ohne Zweifel wünschte die

21) Beschluß des Politbüros der KPdSU (B), Moskau 8. 4. 1936 (Sign. wie Anm. 8).

22) Deutsche Botschaft (Forster) an das AA, Paris 21. 4. 1936, ADAP, Ser. C, Bd. V/1, Nr. 289, S. 426—429; Botschafter Welczek an das AA, Paris 6. 8. 1936, ebenda, Bd. V/2, Göttingen 1977, Nr. 499, S. 814—819 (hier S. 817).

23) Das Reichskriegsministerium an das AA, Berlin 23. 3. 1936 (Anlage), ebenda, Bd. V/1, Nr. 189, S. 238.

24) Außenpolitischer Beschluß der KPdSU (B), Moskau 15. 7. 1936, Adjutantur des Führers, N 10, Bd. 62, fol. 92—96, BA Koblenz (abgedruckt im Anhang 3).

Volksfrontregierung unter Blum ursprünglich, zu einer verstärkten Kooperation mit Moskau zu kommen; doch aus Rücksicht auf London verzichtete Blum auf die ursprünglich in der Tat geplante und in seiner Regierungserklärung vom 23. Juni 1936 schon angekündigte Intensivierung der französisch-sowjetischen Beziehungen.<sup>25</sup> Die französische Disqualifizierung des Paktes kam besonders eindrucksvoll zwischen Anfang September und Ende Dezember 1936 zum Ausdruck, und zwar ganz eindeutig vom Standpunkt des in Paris gewünschten Abkommens mit Deutschland her, dessen Erstarken man ja doch wenige Monate vorher zugelassen hatte. Am 1. September 1936 erklärte der französische Botschafter in Berlin, daß „die französisch-russischen Bindungen allmählich erkalten würden“ und daß Deutschland eine „sofortige Preisgabe des russischen Bündnisses“ nicht verlangen dürfe, da es die Liquidierung des Paktes Paris-Moskau und die Neutralisierung der französischen Verpflichtungen gegenüber Prag auf einem langen Weg erreichen könne.<sup>26</sup> Dies war in der Tat die denkbar schlechteste Konsequenz aus der Rheinlandbesetzung, und der Berliner Sowjetbotschafter Suric schätzte die Lage recht gut ein, wenn er die Tendenz witterte, „Frankreichs Vertrag mit uns zu lösen“.<sup>27</sup> Am 9. Oktober 1936 sprach François-Poncet in Berlin „recht abfällig über den französisch-russischen Pakt und meinte, daß er, ohne ausdrücklich aufgehoben zu werden, bald ebenso erkalten werde wie der Rapallo-Vertrag. Es komme nur darauf an, die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland enger zu gestalten, dann werde der Russenpakt von selber verdunsten“.<sup>28</sup> In den britischen diplomatischen Kreisen stellte man schon wenige Tage später Überlegungen an, daß, sollte die wachsende Unzufriedenheit mit dem Pakt Paris-Moskau in Frankreich diesen zum Zusammenbruch bringen, die Sowjetunion in eine defensive Isolation gegenüber Deutschland geriete.<sup>29</sup> Daran konnten die gelegentlichen Lippenbekenntnisse zur französischen Vertragstreue nichts ändern.<sup>30</sup> Derselbe Außenminister Delbos, der diese ausgesprochen hatte, versicherte dem deutschen Botschafter in Paris zu Weihnachten 1936, daß es „Rußland kaum gelingen wird, Frankreich von einer einmal unternommenen Verständigungsaktion [mit Berlin] abzubringen“ und daß „im Falle einer deutsch-französischen Annäherung der franko-russische Vertrag allmählich auf das Wertniveau des Vertrages

25) L. Blum: *Chef de gouvernement 1936—1937*, Paris 1967, S. 366 ff. Vgl. Niedhart (wie Anm. 6), S. 258.

26) Aufzeichnung des Staatssekretärs Dieckhoff über sein Gespräch mit François-Poncet, Berlin 1. 9. 1936, Büro Staatssekretär: Aufzeichnungen über Diplomatenbesuche, Bd. 1, PAAA Bonn.

27) Tagebucheintragung des US-Botschafters in Berlin Dodd vom 16. 9. 1936, in: W. E. Dodd: *Diplomat auf heißem Boden. Tagebuch des USA-Botschafters William E. Dodd in Berlin 1933—1938*, hrsg. von W. E. Dodd jr. und M. Dodd, Berlin (1963), S. 395.

28) Aufzeichnung Dieckhoffs über sein Gespräch mit François-Poncet, Berlin 9. 10. 1936 (Sign. wie Anm. 26).

29) MacKillop an Eden, Moskau 20. 10. 1936, OBFP, 2nd Ser., Vol. XVII, London 1979, No. 311, S. 442—445 (hier S. 444).

30) Die außenpolitische Parlamentserklärung von Delbos am 4. 12. 1936, Deutsches Nachrichtenbüro 5. 12. 1936, R 43 II/1439 b, fol. 10, BA Koblenz.

von Rapallo herabsinken dürfte“.<sup>31</sup> Nur das Scheitern der französischen Deutschlandpläne hinderte Paris daran, den Pakt mit Moskau schon Anfang 1937 zu Fall zu bringen.

#### Die Konsequenz Moskaus aus der Rheinlandbesetzung: Abstand von den Verbündeten

Dies bedeutete jedoch keinesfalls, daß die sowjetische Bündnispolitik positiver gewesen wäre, wie man mindestens teilweise in Prag wußte. Gleich am 7. März 1936 erklärte Marschall Tuchačevskij gegenüber dem amerikanischen Botschafter in Moskau Bullitt, daß „die Sowjetunion in der gegenwärtigen Lage völlig außerstande wäre, im Falle eines deutschen Angriffs jedwede militärische Hilfe an die Tschechoslowakei zu leisten“.<sup>32</sup> Was der Sowjetmarschall gegenüber dem Missionschef der neutralen Weltmacht erklärte, weist freilich unvergleichbar höhere Authentizität und Glaubwürdigkeit auf als die gleichzeitig abgegebene, aber nur auf Umwegen über Warschau auf der Ebene der Militärattachés übermittelte Versicherung Moskaus an Prag, die im krassen Widerspruch zu der Erklärung Tuchačevskij steht und eine gezielte sowjetische Mystifizierung der tschechoslowakischen Regierung nicht ganz ausschließt. Eine Woche nach dem 7. März ließen die Sowjets nämlich in Prag ausrichten, daß die sowjetische Militärmacht einen gleichzeitigen Krieg in Europa und in Asien führen könne und daß die Tschechoslowakei in jeder Situation mit voller sowjetischen Hilfe rechnen könne.<sup>33</sup> Tuchačevskijs Geständnis ist wohl sehr bemerkenswert: Kaum neun Monate nach den großen feierlichen Worten Vorošilovs gegenüber Beneš in Moskau<sup>34</sup> distanzierte sich sein erster Stellvertreter von seinen Versprechungen und warf auf den militärischen Wert des Paktes und auf die sowjetische Hilfsbereitschaft ein recht zweifelhaftes Licht. Was für ein Unterschied zwischen den aus derselben Situation gezogenen Schlüssen in Prag, wo Beneš gleich am 7. März, ohne nachzudenken, sofort Paris der Kriegsbereitschaft der kleinen ČSR an der Seite Frankreichs

31) Welczek an Neurath, Paris 26. 12. 1936, in: Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges, Bd. II, Moskau 1949, Anlage II, Nr. 1, S. 231.

32) „He admitted that at the present moment the Soviet Union would be totally unable to bring any military aid to Czechoslovakia in case of German attack“. Bullitt an Staatssekretär C. Hull, Moskau 7. 3. 1936, FRUS 1936/I, Washington 1953, S. 213. Der ČSR-Gesandte in Paris erfuhr von dieser Erklärung Tuchačevskijs nicht einmal zwei Wochen später durch die Indiskretion Flandins, dem der Sowjetbotschafter in Paris Potëmkin den Inhalt des Gesprächs Tuchačevskij—Bullitt anvertraute: Osuský an Krofta, Paris 19. 3. 1936, Eingänge 1936, Nr. 133, AMZV Prag.

33) Slávik an Krofta über ein Gespräch des tschechoslowakischen mit dem sowjetischen Militärattaché, Warschau 14. 3. 1936, Warschau 1936, Nr. 29, AMZV Prag.

34) Am 9. 6. 1935 erklärte Vorošilov gegenüber Beneš in Moskau: „Wir wollen keinen Krieg, aber wir haben nicht Angst. Wenn uns jemand angreift, werden wir uns schlagen, furchtbar schlagen; wir werden ihn zerschlagen. Hitler fürchten wir nicht. Falls er gegen euch gehen würde, werden wir gegen ihn gehen, weil wenn ihr fielt, Hitler weiter nach Rumänien und auf die Ukraine ginge“. Aufzeichnung Beneš' vom 9. 6. 1935, AÚD KSČ Prag: BA, f. 39, SSSR 1935/12.

versicherte<sup>35</sup>, und in Moskau, wo der zweithöchste Armeevertreter am gleichen Tag die Unfähigkeit oder Unlust der sowjetischen Großmacht, der Tschechoslowakei Hilfe zu leisten, erklärte und im Gegensatz zu Beneš bemüht war, den Beistandspakt nicht zur Geltung zu bringen, sondern zu disqualifizieren! Warum schloß die Sowjetunion diesen Pakt überhaupt ab, wenn sie ihm bei der ersten unangenehmen Gelegenheit auswich, deren Überwindung er hätte dienen sollen, wenn sie in der ersten internationalen Krise nach dessen Abschluß Vorbehalte machte und eine Abwendung von dem Pakt begann?

Diesen Fragen darf man wohl kaum Berechtigung absprechen; doch so einfach war die Lage wieder auch nicht. Denn nach dem 7. März 1936 ist die sowjetische Taktik unbedingt ganz anders zu deuten als noch kurz vorher: Durch die Entwertung der Sicherheitspositionen Frankreichs wie der Tschechoslowakei, die Hitlers Sieg am Rhein gebracht hatte, verlor die sowjetische instrumentale Interpretation der Beistandspakte Moskaus jegliche Gültigkeit und Rechtfertigung.<sup>36</sup> Den durchaus erfahrenen und exakt analysierenden Sowjetdiplomaten vom Schlage eines Litvinov, eines Krestinskij, eines Potëmkin, eines Lozovskij muß es zweifellos schon Mitte März 1936 völlig klar geworden sein, daß die Remilitarisierung des Rheinlandes der von den Sowjets befolgten Konzeption der kollektiven Sicherheit eine tödliche Wunde versetzte, daß sie die schwache Stabilität der europäischen Anti-Hitler-Konstellation umgestoßen, daß nunmehr die Stunde der europäischen Krise geschlagen hatte und daß die Isolation, in die Mitteleuropa durch die Rheinaktion Hitlers hineingedrängt wurde, nur wenig gefährlicher war als die Isolation Frankreichs. Folglich wäre es nach dem 7. März 1936 eine Absurdität gewesen, die ursprüngliche Instrumentalisierung der Pakte beizubehalten und somit ernsthaft glauben zu wollen, es sei die Sowjetunion, die nur oder als erste von der Aggressivität Hitlers bedroht wurde, und nicht eben vorrangig Mittel-, vielleicht auch Westeuropa. Wenn Frankreich aus seiner Rheinniederlage den fatalen Schluß gezogen hatte, seine Verdrängung aus Mitteleuropa mit stärkerer Anpassung an die britische Politik zu kompensieren, dann schlug die Sowjetunion im März 1936 eine ebenso fatale langfristige Umstellung ihrer ganzen Europapolitik ein, in der von nun an ein Interesse am Einsatz des

35) E. Beneš: Paměti I/II, Prag 1947, S. 21; Das AA an die Gesandtschaft Prag, Berlin 12. 3. 1936, ADAP, Ser. C, Bd. V/1, Nr. 86, S. 109. Vgl. auch R. Kvaček: Německá likvidace demilitarizovaného porýnského pásma 7. března 1936 [Die deutsche Liquidierung der demilitarisierten Rheinlandzone am 7. März 1936], in: ČsČH 11 (1963), S. 322.

36) Auch die tschechoslowakische Außenpolitik teilte die instrumentale Auslegung des Paktes Prag-Moskau und erwog in ihrem Sinne nur den Fall eines Angriffes auf die UdSSR. Diese Deutung des Paktes offenbart klar Kroftas Erklärung bei einer internen Beratung im Czernin-Palais am 16. 5. 1935, daß „wir verpflichtet sind, an Rußland nur dann Hilfe zu leisten, wenn gleichzeitig Frankreich auftritt“: Erörterungen des Ministers, Nr. 18/35, AMZV Prag. Zur gleichen Zeit teilte Beneš dem italienischen Gesandten in Prag mit, daß die tschechoslowakische militärische Aktion zugunsten der Sowjetunion „nur dann eingeleitet wird, wenn Frankreich wirklich eingreift“: ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Göttingen 1975, Nr. 257, S. 619—620.

eigenen Machtgewichtes zu Gunsten der künftigen oder potentiellen Opfer der Expansivität des Nationalsozialismus nur dann und dort zum Ausdruck kommen sollte, wo die Situation gewisse Aussichten für Sowjetisierungspläne zu versprechen schien. Sonst aber trat Moskau den Weg der Isolation von der als gefährlich empfundenen europäischen Lage an, aus der es je nach ihrem Ausgang erst ex post Kapital zu schlagen beabsichtigte. Man darf allerdings nicht verschweigen, daß diesen Kurswechsel der sowjetischen Mitteleuropapolitik die Trennung Frankreichs von Mitteleuropa und die geringe Aussicht auf eine effektive französische Unterstützung seiner osteuropäischen Verbündeten, die ja nach dem Pakt Prag-Moskau die Vorbedingung des sowjetischen Engagements war, sehr wesentlich mitbestimmte. Ohne es zu wissen, scheint also Hitler am 7. März 1936 die ersten Keime für die spätere Ernte vom September 1938 und August 1939 in die Sowjetpolitik hineingetragen zu haben. Es wäre jedoch offensichtlich ganz verfehlt, diese Umorientierung der Litwinovschen Außenpolitik anzulasten statt der Stalinschen Partei- und Staatsspitze, die für den Umbruch ohne Zweifel die Alleinverantwortung getragen haben dürfte.<sup>37</sup>

Kurzum: Nach dem 7. März 1936 wurde die ursprüngliche Instrumentalität der Beistandspakte Moskaus mit Paris und Prag (beide Pakte wurden vor dem Rheinlandeinzug von den drei vertragschließenden Staaten als ein machtpolitisches Instrumentarium zur Paralyse eines deutschen Angriffs auf die UdSSR interpretiert) durch deren Funktionalität ersetzt (sie nahmen die Funktion einer sowjetischen militärischen Unterstützung Frankreichs und der Tschechoslowakei im Falle eines deutschen Angriffs an und dienten nicht mehr primär dem sowjetischen Sicherheitsinteresse). Und gerade diese Funktionalität mitzutragen, lehnten die Sowjets ab, da die Akzeptierung dieser Funktionalität ihre Bereitschaft bedeutet hätte, machtpolitisch wie militärisch zu intervenieren. Da aber die Funktionalität der Pakte nun ihren einzigen Wert darstellte, distanzierte sich die Sowjetunion automatisch von den Pakten an sich und zog sich in eine Isolation zurück, so daß alle Versicherungen ihrer Bündnistreue nach 1936 bloß verbale Versprechen waren: Die Passivität der Sowjetunion in der Septemberkrise 1938 sollte nur die konsequente Fortsetzung ihrer Schwenkung vom Frühjahr 1936 sein.<sup>38</sup> Zu Ehren der So-

37) Der Beschluß des Politbüros der KPdSU (B) vom 13. 3. 1936 spricht ausdrücklich von Referat und Aufgabenstellung Stalins, dessen Worte auch mehrmals in der Instruktion an das NKID (Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten) zitiert werden.

38) Eine ziemlich starke Unterstützung dieser Interpretation ist zu finden einerseits in der umfangreichen Analyse der deutschen Botschaft in London: Hoesch an das AA, London 21. 3. 1936, ADAP, Ser. C, Bd. V/1, Nr. 178, S. 218—224, andererseits in den nur von dem Rheinlandeinzug und dessen Hinnahme veranlaßten und bereits angeführten Beschlüssen des Moskauer Politbüros vom 13. 3. und 8. 4. 1936. Auch die Aussagen sowjetischer Diplomaten seit Mai 1936 scheinen diese Auslegung durchaus zu bekräftigen. Zum ersten Jahrestag der Paktabschlüsse zwei Monate nach dem Rheinlandeinzug veröffentlichte ein sowjetischer Kommentator ausgerechnet in einer antifaschistischen Zeitschrift folgenden Hinweis: „Was uns betrifft, so können wir, auf die eigenen Vertei-

wjets sei gesagt, daß sie sich oft gar nicht bemühten, ihre Distanzierung von den Pakten zu verschweigen; die Erklärung Tuchačevskijs vom 7. März steht keineswegs vereinzelt da. Beim Empfang, an dem Tuchačevskij diese Erklärung gegenüber Bullitt abgegeben hatte, gratulierte er dem deutschen Militärattaché zum Rheinlandeinemarsch und sagte ihm sogar, daß „nach seinen Berechnungen die deutsche Armee in wenigen Wochen so viele Truppen ins Rheinland schaffen könnte, daß sie Frankreich angreifen könnte“.<sup>39</sup> Ein schärferer Ausdruck der sowjetischen Umorientierung ist wohl kaum vorstellbar. Der Beschluß des Moskauer Politbüros vom 8. April 1936, an sich ein Dokument ersten Ranges, gab dann die Devise aus, daß „der Beistandspakt mit Frankreich in Zukunft nicht mehr die Basis der europäischen Außenpolitik der Sowjetunion bilden darf“, schloß ausdrücklich die Möglichkeit aus, „im Falle einer deutschen Agression Frankreich oder der Tschechoslowakei militärische Hilfe zu gewähren“, und empfahl der Leitung der sowjetischen Außenpolitik, „eine solche Lage in der europäischen Politik zu schaffen, die die Anwendung jener Verpflichtungen der Sowjetunion überflüssig machen würde“.<sup>40</sup>

Auch die ausländischen Beobachter, vor allem die britischen Diplomaten, zogen nach März 1936 die Bereitschaft Moskaus, seinen Verpflichtungen gegenüber der ČSR nachzukommen, in erhebliche Zweifel. Der britische Gesandte in Prag stellte Anfang August 1936 fest, es sei gar nicht sicher, ob die UdSSR bereit sei, der Tschechoslowakei im Kriegsfall zu helfen; dabei reproduzierte er die kürzliche folgenschwere Äußerung seines sowjetischen Amtskollegen Aleksandrovskij, daß die Tschechoslowakei „ein Land ist, das hoffnungslos dem unvermeidlichen Verhängnis ins Angesicht starrt“.<sup>41</sup> Der stellvertretende französische Generalstabschef, General Schweisgut, kehrte im September 1936 von den sowjetischen Manövern mit der Überzeugung zurück, daß es für die Sowjetunion unerwünscht sei, in den nächsten europäischen Konflikt verwickelt zu werden, sondern erst danach die Rolle eines Schiedrichters im erschöpften Europa zu spielen.<sup>42</sup> Auch Churchill sprach von der Undurchdringlichkeit und Doppelgesichtigkeit der Sowjetpolitik<sup>43</sup> und Vansittart war schon im Februar 1937 überzeugt, daß die Tschechoslowakei von der UdSSR keine reale Hilfe erhalten könne.<sup>44</sup>

digungsmittel gestützt, ruhig abwarten und zusehen, wie Europa seine Wahl treffen wird“, in: „Rundschau“, Basel, Nr. 20, 12. 5. 1936.

39) General E. Köstring. Der militärische Mittler zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion 1921—1941, bearb. von H. Teske, Frankfurt 1966, S. 125—126.

40) Beschluß des Politbüros der KPdSU (B), Moskau 8. 4. 1936, (Sign. wie Anm. 8).

41) Gesandter Sir J. Addison an Eden, Prag 3. 8. 1936, FO 371, Vol. 20374, Doc. R 4743, PRO London.

42) G. Bonnet: Défense de la Paix, T. 1: De Washington au Quai d'Orsay, Genf 1946, S. 124.

43) House of Commons, Parliamentary Debates 371, Sp. 319 vom 5. 11. 1936, PRO London.

44) Vansittarts Randbemerkung zur Aufzeichnung Sargents vom 9. 2. 1937, DBFP, 2nd Ser., Vol. XVIII, London 1980, No. 160, S. 211.

Daß Moskau hier eine dauerhafte, systematische Linie verfolgte, bestätigte die Sowjetdiplomatie im Frühjahr und im Sommer 1936 noch zweimal direkt gegenüber Prag. Im Mai 1936 stellte der tschechische Journalist Jan Münzer, vom Prager Außenministerium nach Moskau entsandt, dem Stellvertreter Litvinovs, Krestinskij, die Frage, was Moskau tun würde, wenn die Westmächte mit Berlin Nichtangriffspakte abschlossen; Krestinskij wich der Antwort lange aus, und erst als er versichert wurde, es ginge um eine rein theoretische Frage, erklärte er mit harter Eindeutigkeit: „Ich habe für Sie keine Antwort“.<sup>45</sup> Am 20. August 1936 erklärte Aleksandrovskij gegenüber demselben tschechischen Journalisten in Prag, daß die UdSSR „im Falle eines lokalisierten Konfliktes für die Tschechoslowakei gar nichts tun könnte“ und daß erst, falls der Konflikt in einen allgemeinen gesamteuropäischen Krieg ausmünden würde, die Sowjets auf nichts Rücksicht nähmen und der Tschechoslowakei über Polen und Rumänien zu Hilfe kämen.<sup>46</sup> Dies kam einer offenen Absage gleich, denn im Sommer 1936 war es durchaus klar, daß eine nationalsozialistische Aggression gegen die ČSR nicht die Form eines gesamteuropäischen Krieges annehmen würde. Dazu wiederholte und bekräftigte der erste Teil der Aussage Aleksandrovskijs buchstäblich die Erklärung Tuchačevskijs vom 7. März und schloß somit die Annahme gänzlich aus, daß diese nur in der Erregung der ersten Reaktion ausgesprochen worden wäre. Im Lichte solcher Deklarationen der sowjetischen Distanzierung von ihren Bündnisverpflichtungen erlangt die Feststellung einer tschechischen marxistischen Historikerin von 1967 eine außerordentliche Stichhaltigkeit, daß nach dem 7. März 1936 „nur zwei europäische Staaten sich noch der faschistischen Aggression widersetzen — Spanien und die Tschechoslowakei“ und daß „die einzige lebendige Kraft der weiteren Verteidigung [der ČSR] die innere Entwicklung des tschechoslowakischen Staates geblieben ist“<sup>47</sup>, ohne die Sowjetunion nur im geringsten zu erwähnen.

Die einzige europäische Kraft, die im Gegensatz zu Prag und Moskau die fatalen Folgen der Rheinlandbesetzung für die Sicherheit Osteuropas nicht erfaßte, besser gesagt, nicht erfassen wollte, war die polnische Außenpolitik. Um Frankreich der polnischen Bündnistreue *verbal* zu versichern und zugleich das gute deutsch-polnische Verhältnis nicht zu stören, entschloß sich Beck „zu einem grandiosen Täuschungsmanöver, das

45) Kab. 1936, Nr. 2220, AMZV Prag.

46) Münzers Aufzeichnung über sein Gespräch mit Aleksandrovskij vom 20. 8. 1936, BA, SSSR, 1936/8, f. 39, AÜD KŠC Prag.

47) V. Olivová: Svoboda mezi válkami [Freiheit zwischen den Kriegen], in: Naše živá i mrtvá minulost [Unsere lebendige und tote Vergangenheit], Prag 1968, S. 205—208 (geschrieben 1967). In den tschechischen Reihen ahnten zumindest die sowjetische Umorientierung nur wenige, die einen guten Spürsinn hatten, so der Londoner Gesandte Masaryk und der Pariser Gesandte Osuský oder der Moskauer Militärattaché Oberstleutnant Dastich: London 1936, Nr. 54, 69; Paris 1936, Nr. 49, AMZV Prag. Dies ist um so unverständlicher, als doch sowohl die Distanzierung Tuchačevskijs als auch die Erkenntnisse Münzers in Prag bekannt waren.

den spielerischen Anlagen seines Charakters im übrigen völlig entsprach“.<sup>48</sup> Am späten Nachmittag des 7. März bestellte er den französischen Botschafter zu sich<sup>49</sup>, um ihm zu versichern, Polen würde seine Bündnisverpflichtungen einhalten. Gleichzeitig veranlaßte er jedoch die polnische Presse, am 8. März ausgesprochen deutschfreundliche Kommentare zu bringen, in denen kein Wort der Kritik an dem deutschen Schritt zu finden ist. Als dann Noël dagegen bei Beck empört protestierte, stritt dieser wahrheitswidrig einfach ab, der Presse irgendwelche offizielle Stellungnahme gegeben zu haben, ohne aber die von ihm veranlaßten Kommentare öffentlich zu dementieren, um Berlin einen Dienst zu erweisen.<sup>50</sup> Die Voraussetzung seines Doppelspiels war seine richtige Kalkulation, daß Frankreich nicht losschlagen würde. Dennoch läßt sein hinterlistiges Vorgehen nur den Schluß zu, daß die Rechtfertigung des Rheinlandeinzugs, die er erklingen ließ, ihn „unwillkürlich in die Nähe Hitlers rückte“<sup>51</sup> und daß er „das Vorgehen des Dritten Reiches weit stärker billigte und auch unterstützte, als er es von den französischen Bündnispartnern und auch von der Nachwelt dargestellt haben wollte“.<sup>52</sup> Es ist schon zu Recht darauf hingewiesen worden, daß die Motivation für das Benehmen Becks in seiner Verachtung gegenüber Frankreich zu suchen ist, in seiner Distanzierung von der französischen Politik und in seiner Bereitschaft, vom Vertrag mit Frankreich abzurücken<sup>53</sup> — und Hitler eine freundliche Geste zu erweisen, möchte man hinzufügen.

Die sowjetische Distanzierung von der Tschechoslowakei nach dem 7. März 1936 bekräftigte die sowjetische Note an Paris, die Potëmkin am 17. Februar 1937 am Quai d'Orsay überbrachte. Sie drehte die Anfrage der französischen Regierung und Blums persönlich nach der Art und dem Weg der Sowjethilfe an die Tschechoslowakei um und beantwortete sie

48) H. R o o s : Polen und Europa. Studien zur polnischen Außenpolitik 1931—1936, Tübingen 1957, S. 235.

49) Daß Beck Noël am 7. 3. 1936 nicht um 9 Uhr früh, wie er in seinen Memoiren behauptet, sondern erst um 17 Uhr empfing, hat als erster durch vergleichende Quellenanalyse G. R h o d e in: Außenminister Józef Beck (wie Anm. \*), S. 90—92, nachgewiesen.

50) R o o s (wie Anm. 48), S. 237; R. B r e y e r : Das Deutsche Reich und Polen 1932—1937, Würzburg 1955, S. 160. Gegenüber seinem Stellvertreter Szembek erklärte Beck gleich am 7. 3. abends, daß der Rheinlandeinzug für Polen keinen casus foederis darstelle: R h o d e , Außenminister Józef Beck (wie Anm. \*), S. 92.

51) B r e y e r (wie Anm. 50), S. 162.

52) R h o d e , Außenminister Józef Beck (wie Anm. \*), S. 93. Darauf deutet auch die Erklärung Szembeks vom August 1936 hin, er „wünschte sich bedeutend enger an Deutschland anzulehnen“: B r e y e r (wie Anm. 50), S. 189.

53) B r e y e r (wie Anm. 50), S. 164. Es wäre allerdings eher angebracht, von Becks intriganten Manieren und seiner politischen Unmoral zu sprechen, als für ihn ganz unpassend „Anerkennung für die meisterhafte Art“ zu „beanspruchen“, mit der er das Dilemma der polnischen Politik gelöst hat: R o o s (wie Anm. 48), S. 239. Der Vf. gerät mit diesem ziemlich absurden Urteil übrigens in einen erheblichen Widerspruch zu seiner präzisen Charakteristik Becks ein paar Seiten vorher (vgl. Anm. 48).

mit dem Plan der See- und Lufttransporte sowjetischer Landtruppen nur nach Frankreich, ohne den Kern der französischen Démarche — die ČSR — überhaupt zu erwähnen.<sup>54</sup> Es ging freilich viel weniger um eine realistische Schlußfolgerung aus den von Bukarest in den Weg gelegten Hindernissen als vielmehr um eine neue Version einer ausweichenden Haltung. Wenn die Sowjets bereit gewesen wären, den viel längeren, gefährlicheren und komplizierteren Umweg nach Frankreich zu riskieren, warum weigerten sie sich, den kürzeren und sicheren Luftweg in die ČSR nur zu erwägen?<sup>55</sup> Die Note liefert einen weiteren überzeugenden Beweis dafür, daß Moskau in Wirklichkeit niemals eine wirksame Anwendung seiner Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei ins Auge fassen wollte, einen Beweis, dessen Novum nur darin liegt, daß sich Moskau nicht einmal die Mühe gab, seine Glaubwürdigkeit vorzutäuschen: Litvinov und seine Diplomaten konnten doch nicht so naiv gewesen sein, vorauszusetzen, daß in Paris irgendjemand an die Absurdität des phantastischen Planes sowjetischer See- und Lufttransporte nach Frankreich glauben würde. Wie und wo? Auf dem Flugwege über den gesamten deutschen Luftraum, wo die sowjetischen Geschwader das Feuer der deutschen Flak und Angriffe der deutschen Jagdverbände unter ungeheuren Verlusten hätten überwinden müssen? Auf dem Seeweg über das Schwarze Meer und Mittelmeer auf der Route Odessa—Marseille/Toulon? Die Realitätsfremdheit eines solchen Planes ist so offensichtlich, daß sie Moskau schon im Februar 1937 in eine Position stellte, in der es sich für die Sowjets nicht mehr lohnte, ihre tatsächlichen Absichten zu maskieren. Der Kommentar mit dem der Quai d'Orsay die sowjetische Note nach Prag weiterleitete, sparte auch nicht mit Bestürzung über die „direkt höhnische Form“ des sowjetischen Planes.<sup>56</sup>

Die Distanzierung Moskaus von seinen mitteleuropäischen Vertragsverpflichtungen bzw. der totale Kurswechsel der sowjetischen Mitteleuropapolitik, heraufbeschworen durch den erfolgreichen Rheinlandeinzug Hitlers, hätte die tschechoslowakische Außenpolitik zum Überdenken ihres Bündnisses mit der Sowjetunion führen sollen. Stattdessen finden wir eine umgekehrte Erscheinung, die Krofta im Mai 1936 folgendermaßen zusammenfaßte: „Durch die Wiederbesetzung des Rheinlandes habe das

54) Les événements survenus en France de 1933 à 1945. Témoignages et documents recueillis par la Commission d'enquête parlementaire. Rapport fait au nom de la Commission de l'Assemblée Nationale, T. IX, Paris 1946, S. 2743; M. G. Gamelin: Servir, T. II, Paris 1946, S. 189; P. Cot: Le Procès de la République, T. II, New York 1944, S. 348—350; P. Reynaud: Au coeur de la mêlée 1930—1945, Paris 1951, S. 189; Osuský an Krofta, Paris 1. 3. 1937, Kab. 1937, Nr. 1109, AMZV Prag.

55) I. I. Minc verfälscht den Inhalt der Note Potëmkins in doppelter Hinsicht indem er behauptet, Blum habe Potëmkin nicht nach der Sowjethilfe an die ČSR, sondern an Frankreich gefragt, und Potëmkin habe nur von dem Durchmarschrecht für sowjetische Kräfte in die ČSR gesprochen, nicht von der See- und Luftbeförderung der sowjetischen Landtruppen nach Frankreich: Die Außenpolitik der Sowjetunion in der Periode der Münchener Politik, in: Die Hintergründe des Münchener Abkommens von 1938, Berlin(-Ost) 1959, S. 71.

56) Osuský an Krofta, Paris 1. 3. 1937 (Sign. wie Anm. 54).

französische Bündnis so sehr an Wert verloren, daß die Tschechoslowakei sich immer mehr auf die russische Karte im Spiele verlassen müsse“.<sup>57</sup> Es scheint in der pervertierten Logik der Dinge zu liegen, daß gerade jenes Ereignis, das die UdSSR zur Distanzierung von ihren Verpflichtungen veranlaßte, Prag zur stärkeren Bindung an die russische Karte führte: die Rheinlandbesetzung. Beneš wies schon im Mai 1936 darauf hin, daß „die Ausschaltung der UdSSR aus der Partizipation an den europäischen Dingen sofort das Gleichgewicht zugunsten Deutschlands verletzen würde“.<sup>58</sup> Im Juli 1936 berichtete ein amerikanischer Diplomat von dem Glauben Beneš' an die Hilfe der Sowjetunion, fügte jedoch hinzu, daß die Ansicht des Staatspräsidenten von den „durchschnittlich denkenden“ Tschechen nicht allgemein geteilt werde.<sup>59</sup> Der britische Gesandte in Prag kam jedoch zu einem anderen Schluß, daß nämlich nach dem Rückzug Frankreichs aus Mitteleuropa „Sowjetrußland manchen in Prag als die einzige Hoffnung auf Rettung“ des isolierten Staates erschien.<sup>60</sup> Mitte Oktober 1936 versicherte Beneš dem Prager Sowjetgesandten, daß die Tschechoslowakei auf gar keinen Fall ein Abkommen mit Deutschland zum Nachteil des Paktes Prag-Moskau abschliesse.<sup>61</sup> Hingegen bemühte er sich aus rein taktischen Überlegungen, den deutschen Gesandten davon zu überzeugen, daß die Tschechoslowakei „niemals den Wahnsinn begehen werde, sich zum Instrument einer gegen Deutschland gerichteten Politik herzugeben“.<sup>62</sup> In seinem Gespräch mit dem britischen Unterhausabgeordneten Hauptmann Wedgwood Benn am 1. Dezember 1936 verriet Beneš sein Rezept, wie er die russische Allianz wirksam machen wollte. Auf die Frage des englischen Besuchers, auf welche Weise die Sowjethilfe im Ernstfall zustande kommen sollte, erklärte Beneš, der Völkerbund werde Deutschland einstimmig zum Aggressor erklären, und alle Länder würden den Kampf gegen diesen Aggressor aufnehmen. Die Naivität dieser Annahme liegt auf der Hand, so daß es kein Wunder nimmt, daß der britische Gesandte in Prag in seiner Depesche über dieses Gespräch scharf Beneš' „world of phantasy“ angriff.<sup>63</sup>

Die Bilanz der Entwicklung des tschechoslowakischen Bündnisses mit der Sowjetunion in den ersten zehn Monaten nach der Rheinlandbesetzung war alles andere als ermutigend, und sie stand auch im Widerspruch zu

57) Eisenlohr an das AA, Prag 16. 6. 1936, ADAP, Ser. C, Bd. V/2, Göttingen 1977, Nr. 374, S. 586.

58) Ripkas Aufzeichnung über sein Gespräch mit Beneš, Prag 25. 5. 1936, A — 1 — 1/258/3, SÚA Prag.

59) USA-Geschäftsträger Webb Brenton an das State Department über sein Gespräch mit Beneš, Prag 25. 7. 1936, DSDP 840.00/442 FP, NA Washington.

60) Addison an Eden, Prag 21. 7. 1936, FO 371, Vol. 20374, Doc. R 4430, PRO London.

61) Aleksandrovskijs Aufzeichnung über sein Gespräch mit Beneš, Prag 14. 10. 1936, in: Dokumenty a materiály k dějinám československo-sovětských vztahů [Dokumente und Materialien zur Geschichte der tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen], Bd. III, Prag 1979, Nr. 175, S. 305—306.

62) Eisenlohr an das AA, Prag 17. 10. 1936 (Gespräch mit Beneš), ADAP, Ser. C, Bd. V/2, Nr. 614, S. 1033—1034.

den nach dem 7. März 1936 deutlich verstärkten Kalkulationen Prags mit dem sowjetischen Bündnis, auf das es paradoxerweise um so mehr Wert legte, je mehr es die Anzeichen der sowjetischen Distanzierung hatte wahrnehmen müssen. Zugleich war die tschechoslowakische Außenpolitik gezwungen, ihren Pakt mit Moskau auf allen Seiten zu verteidigen und zu rechtfertigen. Am meisten in England, dessen Politiker im Vorzeichen des künftigen Konfliktes um das Appeasement in jene geteilt waren, die „behaupteten, die franko-sowjetisch-tschechoslowakische Allianz sei das Ende der Zivilisation“, und in jene, die, wie Churchill, Eden, Austin Chamberlain, die Notwendigkeit der Kooperation mit den Sowjets „in Vorbereitung der Verteidigung gegen den öffentlichen Feind Nr. 1“ erkannten.<sup>64</sup> Die Umgebung Beneš' gab aus taktischen Rücksichten zu verstehen, man sei in diesen Pakt hineingedrängt worden, da keine bessere Möglichkeit zu finden gewesen sei.<sup>65</sup> Es kam sogar zu heftigen Polemiken der Prager Presse gegen die britische Kritik an dem Bündnis<sup>66</sup>, und zugleich mußte man sich gegen wachsende innenpolitische Einwände gegen die Gefahr einer Bolschewisierung, die sogar den Weg in die Regierung fanden, wehren.<sup>67</sup> Latent blieben starke Bemühungen der britischen Außenpolitik, Frankreich und die ČSR von der Sowjetunion zu trennen, die nur deshalb die Form eines direkten Druckes auf Beneš nicht annahmen, da London voraussetzte, dieser werde gleich fragen, ob Großbritannien bereit sei, den Platz der Sowjetunion als Verbündeter der Tschechoslowakei einzunehmen.<sup>68</sup>

Von problematischem Wert sollte auch das einzige positive Ergebnis in der Entwicklung des Bündnisses Prag-Moskau nach der Rheinlandbesetzung bleiben — die Aufnahme gegenseitiger geheimdienstlicher Kontakte. Im Sinne der Moskauer Gespräche Beneš' vom Juni 1935 wurde Anfang Juni 1936 eine sechsköpfige Delegation des tschechoslowakischen militärischen Nachrichtendienstes mit dessen Chef Oberst František Moravec an der Spitze zur Einleitung der Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Nachrichtendienst nach Moskau entsandt.<sup>69</sup> Die Gespräche mit acht Offizieren des sowjetischen militärischen Nachrichtendienstes mit dessen

63) Britischer Gesandter Bentinck an das FO (O'Malley), Prag 2. 12. 1936, FO 371, Vol. 20378, Fol. 142—148, PRO London.

64) Masaryk an Krofta, London 27. 6. 1936, London 1936, Nr. 11, AMZV Prag.

65) USA-Gesandter Wright an Staatssekretär C. Hull, Prag 5. 9. 1936, FRUS 1936/I, Washington 1953, S. 340.

66) H. Ripka: Nespravedlivý útok [Ungerechter Angriff], Lidové noviny 29. 11. 1936.

67) Aleksandrovskij an Litvinov über sein Gespräch mit Krofta, Prag 14. 2. 1937, in: Dokumenty a materiály (wie Anm. 61), Nr. 193, S. 333—336.

68) Aufzeichnung Sargents, London 9. 2. 1937, DBFP, 2nd Ser., Vol. XVIII, No. 160, S. 210.

69) Quellen zur Darstellung der geheimdienstlichen Zusammenarbeit zwischen der ČSR und der UdSSR: Master of Spies. The Memoirs of General Moravec, London 1975, S. 63—76, 106—107; F. Moravec: Špión, jemuž nevěřili [Ein Spion, dem man nicht glaubte], Toronto 1977, S. 97—110, 154—155; „Die Sowjetrussen in der Tschechoslowakei“, Abwehr I Ost an Abwehrstelle München, Berlin 22. 8. 1936, RW 49, Bd. 30, fol. 90—92, MA Freiburg.

Chef General Urickij an der Spitze dauerten volle zwei Wochen. Moravec legte den Sowjets folgenden Vorschlag vor: Jede Seite teilt der anderen ihre Informationen über die deutsche Armee mit; bestimmte ausgewählte Fälle werden analysiert; aus den erlangten Erfahrungen werden Schlüsse gezogen; es werden dringende Nachrichten ausgetauscht. Der sowjetische Gegenvorschlag war, hundert sowjetische Nachrichtendienstoffiziere in der Tschechoslowakei auszubilden und diese dann als Agenten-Residenten in Deutschland abzusetzen. Moravec war aus naheliegenden Sicherheitsgründen dagegen und wand sich aus dem zweiten sowjetischen Vorschlag heraus, auf tschechoslowakischem Gebiet einen gemischten tschechoslowakisch-sowjetischen nachrichtendienstlichen Stützpunkt zu errichten. Schließlich wurde die Bildung einer sowjetisch-tschechoslowakischen Nachrichtendienststelle in Prag vereinbart, in der nur ein einziges Mitglied des sowjetischen Geheimdienstes unter tschechoslowakischer Leitung und nach tschechoslowakischen Instruktionen arbeiten sollte. Seine Verbindungen sollten der tschechoslowakischen Seite bekannt sein, seine Informationen ihr zur Verfügung stehen, seine Operationen vom tschechoslowakischen Partner gebilligt werden. General Urickij war sofort einverstanden.

Während dieser Gespräche stellten die tschechoslowakischen Nachrichtendienstler zu ihrem Entsetzen eine katastrophale Unfähigkeit und Unerfahrenheit des sowjetischen Geheimdienstes fest. Seine Kenntnisse über die Situation in Deutschland waren unvollständig und ungenau. Die Sowjets hatten große Lücken in der Kenntnis der Angaben über Anzahl und Unterbringung von größeren deutschen Formationen, über die Anzahl der Panzereinheiten und deren Ausrüstung, über die Motorisierung der Wehrmacht, über Ausbau und Dislozierung der deutschen Luftwaffe, über Dichte und Lokalisierung deutscher Flugplätze. Sie hatten keine Ahnung von den strategischen Plänen des deutschen Oberkommandos und den Plänen für eine weitere Erhöhung des deutschen Kriegspotentials. Die Ursachen dieses unglaublichen Zustandes erblickte Moravec in sowjetischen Schwierigkeiten bei der Aufnahme von Verbindungen mit wichtigen Informationsquellen im Reich und bei der Organisation eines leistungsfähigen breiteren Agentennetzes. Den Hauptmangel sah er nicht in der fehlenden gemeinsamen Grenze mit Deutschland, die an sich den sowjetischen Dienst im Vergleich mit dem tschechoslowakischen gewiß benachteiligte, sondern im Typus operativer Agenten, die der sowjetische Dienst auf deutschem Boden benutzte. Die „ideologischen“ Agenten, also die deutschen Kommunisten, die die erdrückende Mehrheit seiner Agenten bildeten, übermittelten zwar eine große Anzahl von Nachrichten, doch von geringer Qualität, und sie hatten außerdem keinen Zugang zu den nachrichtendienstlich relevanten Reichsstellen. Ein schwerer Mangel war auch die Unkenntnis fremder Sprachen, die eine Entsendung russischer Agenten nach Deutschland unmöglich machte, so daß ihre Arbeit rein theoretisch war und dazu noch mit einem ideologisch gefärbten, voreingenommenen Material operierte und mit grob entstellten Analysen der erworbenen Informationen. Zur tiefen Enttäuschung der Repräsentanten

des tschechoslowakischen Geheimdienstes präsentierte sich der sowjetische Dienst als eine Nachrichtenorganisation ohne professionelles Niveau, ohne moderne Methoden und Mittel.

Die im Juni 1936 in Moskau vereinbarte gemischte Nachrichtendienststelle in der ČSR wurde im August 1936 gebildet und sowjetischerseits von Oberstleutnant Porubovskij geleitet, der direkt dem sowjetischen Generalstab unterstand.<sup>70</sup> Er bekam den Decknamen „Rudolf“ und arbeitete in einer Spezialgruppe, geleitet von Hauptmann Karel Paleček; er war allerdings so unerfahren und mit den Methoden einer modernen nachrichtendienstlichen Tätigkeit so wenig vertraut, daß seine tschechischen Partner zunächst gezwungen waren, ihn in langwieriger Arbeit auf professionelles Niveau zu bringen. Die Moskauer Abmachung vom Juni 1936 wurde jedoch gleich darauf von den Sowjets insofern verletzt, als Moskau statt eines einzigen Offiziers von September 1936 an stufenweise sieben eigene Nachrichtendienstgruppen zu neun Mann in die ČSR entsandte, von denen eine in Stärke von 14 Mann in Prag bei der Zentrale des ČSR-Nachrichtendienstes untergebracht, die meisten anderen den Luftwaffenformationen zugeteilt wurden und je eine in Preßburg und in Reichenberg tätig war. Die Sowjets hielten keine der in Moskau eingegangenen Bedingungen der Zusammenarbeit ein. Soweit sie ihren tschechischen Partnern überhaupt etwas zur Verfügung stellten, handelte es sich um Informationen, die vorwiegend nicht von Profi-Agenten, sondern von ideologischen Agenten aus den Reihen deutscher Kommunisten erworben wurden, und aus welchen sie mangels Routineerfahrungen falsche Schlüsse zogen. Der Schwerpunkt ihrer Nachrichtentätigkeit vom tschechoslowakischen Territorium aus war übrigens gar nicht auf Erwerb deutscher Militäргеheimnisse gerichtet, sondern vielmehr auf subversive kommunistische Propaganda in Deutschland und in Österreich. So erwies sich die recht sonderbare Zusammenarbeit des sowjetischen mit dem tschechoslowakischen Nachrichtendienst eher als überflüssige Belastung, die die Arbeit des Prager Geheimdienstes nur komplizierte und ihn von seinen eigentlichen Aufgaben abhielt.

#### Die deutsche Karte Moskaus

Die Distanzierung der Sowjets von ihren mitteleuropäischen Allianzverpflichtungen als Folge der Rheinlandbesetzung wurde sehr wesentlich auch dadurch stimuliert, daß Moskau nach März 1936 mit verstärkter Intensität seine alte deutsche Karte verfolgte. Wie Allard schreibt, „veranlaßte der 7. März 1936 und dessen passive Annahme durch die Westmächte Stalin, seine Anstrengungen zu verdoppeln, Verhandlungen mit Deutschland zustande zu bringen“.<sup>71</sup> Schon am 19. März 1936 ließ Molotov in einem Interview mit dem Korrespondenten von „Le Temps“ Chastenet

70) Die Vermutung von R. Ströbinger: Das Attentat von Prag, Landshut 1977, S. 37, der sowjetische Geheimdienstvertreter in Prag sei Hauptmann Kuznecov gewesen, hält den Quellen nicht stand.

71) S. Allard: Stalin und Hitler, Bern, München 1974, S. 57.

durchblicken, daß die Sowjetregierung glaube, „eine wesentliche Verbesserung der sowjetisch-deutschen Beziehungen sei möglich“. Viel weiter ging am 18. Mai der finnische Gesandte in Moskau Kirimaki, der erklärte, daß „Rußland in einer halben Stunde den Vertrag mit Frankreich kündigen würde, wenn Deutschland mit der Sowjetunion einen Pakt abschliesse“.<sup>72</sup> Bereits am 4. Mai gab die sowjetische Handelsmission in Berlin ein Essen für deutsche Beamte, die an der Verhandlung um das deutsch-sowjetische Handelsabkommen teilnahmen. Botschaftsrat Bessonov, ein Mann des NKWD, betonte dabei gegenüber Hencke, wie „absurd“ es im Grunde genommen sei, daß zwei Staaten mit so großen gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen einander politisch bekämpften, und erklärte ihm gegenüber die Bereitschaft Moskaus, „die gegenwärtigen Standpunkte der Sowjetregierung zu revidieren“, falls dies als „eine der Voraussetzungen der gegenseitigen Entspannung“<sup>73</sup> erforderlich wäre.

Im Gegensatz zu den Märzreden Litvinovs gaben die Sowjets kaum zwei Monate nach der Herausforderung Hitlers in Berlin zu verstehen, daß sie ihre Kritik an der deutschen Aktion gar nicht so ernst und konsequent meinten und daß der sowjetische Widerstand leicht in eine wohlwollende Indifferenz umschlagen könnte, wenn Hitler zu einem politischen Geschäft mit der UdSSR bereit sein würde. Am 20. Mai fragte Botschafter Suric Reichsaußenminister Neurath, ob in nächster Zeit eine Veränderung der politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu erwarten sei. Was wichtiger ist, am selben Tag wurde David Kandelaki, Leiter der sowjetischen Handelsmission in Berlin und persönlicher Vertrauter Stalins, von Göring empfangen und war „in jeder Hinsicht bezaubert von dem Benehmen des Generalobersten“. Er muß auch damit zufrieden gewesen sein, daß Göring das sowjetisch-deutsche Handelsabkommen als „einen Wendepunkt auf dem Wege zur politischen Verständigung zwischen diesen beiden großen Nationen“ charakterisierte und daß er seine Bereitschaft erklärte, „alle seine Anstrengungen auf Bildung der engen, auch politischen Kontakte zu richten“. Göring legte Kandelaki nahe, „sich gleich an ihn zu wenden“, wenn er „nicht vorankäme“, denn er sei „jederzeit bereit, mit Rat und Tat behilflich zu sein“, was für Kandelaki „einen erheblichen Erfolg bedeutete“.<sup>74</sup>

Ende Juni 1936 wandte sich Bessonov an Hencke und trug ihm drei Alternativen hinsichtlich des erstrebenswerten deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vor: entweder hielte Deutschland infolge der fehlenden gemeinsamen Grenze den Pakt für überflüssig oder aber Berlin lehne infolge der Verbindung Moskaus zu Paris und Prag jeden Gedanken an den Pakt ab, oder schließlich Deutschland wäre bereit, in den Berliner

72) J. Erickson: *The Soviet High Command 1918—1941*, London 1962, S. 416.

73) Aufzeichnung des AA (Hencke), Berlin 6. 5. 1936, ADAP, Ser. C, Bd. V/1, Nr. 312, S. 512.

74) Herbert L. W. Göring an Botschafter Schulenburg nach Moskau, Berlin 20. 5. 1936, ebenda, Nr. 341, S. 571—573; Stalin und Hitler. Pakt gegen Europa, hrsg. von J. W. Br ü g e l, Wien 1973, Nr. 4, S. 37.

Vertrag von 1926 eine Nichtangriffsklausel einzubeziehen. Hencke lehnte aber unter Hinweis auf die Absicht der Reichsregierung, Nichtangriffspakte nur mit Nachbarstaaten abzuschließen<sup>75</sup>, jeden Gedanken an einen Nichtangriffspakt mit der UdSSR ab. Nachdem Ende November 1936 der Berliner Gesandte der ČSR die Alternative des gemeinsamen Vorgehens mit Deutschland in der sowjetischen Politik nach Prag klar angedeutet hatte<sup>76</sup>, soll Mitte Dezember der Leiter der außenpolitischen Abteilung der GPU Sluckij erklärt haben: „Wir haben uns auf die baldige Verständigung mit Hitler eingestellt, die Verhandlungen sind eingeleitet und schreiten günstig vorwärts. . . Es kann höchstens noch ein Frage von drei, vier Monaten sein, bis wir zu einer Verständigung mit Hitler kommen“.<sup>77</sup> Daß diese Aussage kein Hirngespinnst hätte sein müssen, darauf deutet die Befürchtung Beneš' von Weihnachten 1936 vor einem immer noch möglichen deutsch-sowjetischen Bündnis hin und vor „all denen“, die dieser Politik „verhaftet bleiben“.<sup>78</sup>

Am 29. Januar 1937 erklärte Kandelaki gegenüber Schacht im direkten Auftrag Stalins und Molotovs: „Die russische Regierung habe sich niemals geweigert, mit uns politisch zu verhandeln. . . Sie habe sogar konkrete politische Vorschläge gemacht. . . Die russische Regierung stehe nicht auf dem Standpunkt, ihre Politik gegen deutsche Interessen zu richten. Die russische Regierung sei bereit, in Verhandlungen mit der Reichsregierung einzutreten über die Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen. . . Die russische Regierung sei bereit, auf Wunsch der deutschen Regierung, alle Unterhandlungen. . . vertraulich und nicht öffentlich zu behandeln.“<sup>79</sup>

Hier liegt schon ein gravierender Beweis dafür vor, daß Moskau durchaus bereit war, einem Abkommen mit Deutschland alle seine bestehenden Verpflichtungen zu opfern, und daß es hinter dem Rücken seiner Verbündeten mit Berlin zu paktieren gewillt war. Dies gilt um so mehr, als Kandelaki gegenüber Schacht offen eingestand, der Kreml würde seinen Berliner Botschafter erst dann einweihen, wenn der Erfolg von vornherein garantiert wäre. Am 6. Februar 1937 erklärte Kandelaki gegenüber Schacht sogar, er habe eben die sowjetisch-deutschen Beziehungen eingehend mit Stalin und Molotov diskutiert, und bat um eine Garantie, daß wenn Moskau „spezifische Vorschläge“ unterbreite, diese zur „seriösen

75) Aufzeichnung Henckes, Berlin 3. 7. 1936, in: Stalin und Hitler, Nr. 5, S. 38.

76) „Die lautstarke antisowjetische Kampagne der Nazi-Propaganda kann nicht Vertrauen in die sowjetische Zuverlässigkeit einflößen, da es in der deutschen Politik immer noch eine zweite Linie gibt, die sich auf den Osten gegen den Westen stützt“. Mastný an Krofta, Berlin 23. 11. 1936, Berlin 1936, Nr. 118, AMZV Prag.

77) W. G. Krivitsky: Ich war in Stalins Dienst, Amsterdam 1940, S. 234.

78) Aufzeichnung General Fauchers über sein Gespräch mit Beneš, Prag 25. 12. 1936, DDF, 2eme Série, T. 4, Paris 1967, No. 209.

79) Schacht an Neurath, Berlin 6. 2. 1937, in: Stalin und Hitler, Nr. 7, S. 39—40; vgl. auch German Diplomatic Documents, National Archive Rolls 1057—1907/429293—300; 282 — 393/212210 — 15, NA Washington.

Erwägung“ aufgenommen werden würden.<sup>80</sup> Von wem konnte eine solche „seriöse Erwägung“ ausgegangen sein — von Hitler selbst? Jedenfalls lehnte dieser am 10. Februar 1937 gegenüber Neurath die Anregungen Kandelakis entschieden ab, wobei er einer völlig falschen Einschätzung der Dinge verfiel, als hätten es die Sowjets nicht aufrichtig, sondern nur als Druckmittel gegen Frankreich gemeint, und zu verstehen gab, er wäre nur bereit, mit einem antibolschewistischen, auf Militärrherrschaft gestützten Rußland zu verhandeln.<sup>81</sup>

„Es wäre durchaus möglich, daß Hitler sich mit Stalin verbünden würde“, urteilte ein belgischer Diplomat in Moskau zum Zeitpunkt der Ablehnung Hitlers.<sup>82</sup> Philipp W. Fabry hat sicher Recht, wenn er schreibt, daß es zu weit ginge zu behaupten, „Stalin habe seine gesamte Politik in den Jahren 1934—1939 darauf abgestellt, mit Hitler zu einem Arrangement zu kommen“, daß es aber „wohl zutrifft, daß die Sowjetunion einer Politik der Doppelgleisigkeit zuneigte“.<sup>83</sup> Er irrt aber wohl, wenn er bestreitet, daß die Sowjets hier ein zweites Eisen im Feuer hatten; allem Anschein nach entwickelte sich die deutsche Karte Moskaus zur Hauptlinie einer geheimen sowjetischen Außenpolitik, die die französische Karte allmählich zu einer sekundären Linie, zu einer Reserve herabstufte. Zwar ist das Zeugnis Krivitskys, Kandelaki sei im März 1937 von Hitler empfangen worden und habe ihm einen unterschriftsreifen sowjetischen Entwurf des Nichtangriffspaktes überbracht, im Lichte der Zurückweisung Hitlers vom 10. Februar offenbar eine falsche Information.<sup>84</sup> Doch warum wohl wurde der Prager Sowjetgesandte Ende April 1937 ohne jeden anderen Zusammenhang plötzlich angewiesen, Krofta zu versichern, daß „Gerüchte über ein rapprochement zwischen der UdSSR und Deutschland jeglicher Grundlage entbehren“?<sup>85</sup> Welche Gerüchte? Die Lage schien im Frühling 1937 zu verdächtig zu sein. In den ersten Apriltagen 1937 fand Beneš in der diplomatischen Post neue Gerüchte über das Bestreben der Sowjets, sich mit Berlin zu arrangieren<sup>86</sup>, die Mitte April durch nicht näher spezifizierte Informationen der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Moskau über sowjetisch-deutsche Kontakte bekräftigt wurden.<sup>87</sup> Und Coulongre, der französische Botschafter in Moskau, sprach gerade im April 1937 davon, „man könne nicht mehr bezweifeln,

80) Ebenda.

81) Neurath an Schacht, Berlin 11. 2. 1937, in: Stalin und Hitler, Nr. 8, S. 41.

82) Tagebucheintragung des Botschafters Davies vom 11. 2. 1937, in: J. E. Davies: USA-Botschafter in Moskau, Zürich 1943, S. 56.

83) Ph. W. Fabry: Die Sowjetunion und das Dritte Reich, Stuttgart 1971, S. 61—62.

84) Krivitsky (wie Anm. 77), S. 246.

85) Delacroix an Delbos, Prag 28. 4. 1937, DDF, 2eme Série, T. V, Paris 1968, No. 356, S. 599; Kroftas Aufzeichnungen über sein Gespräch mit Aleksandrovskij, Prag 21. 4. 1937, Kab. 1937, Nr. 2206; Pavlů an Krofta über die Intervention Potěmkins, Moskau 27. 4. 1937, Moskau 1937, Nr. 36, beides: AMZV Prag.

86) Pavlů an Krofta, Moskau 7. 4. 1937, Moskau 1937, Nr. 32; Slávik an Krofta, Warschau 8. 4. 1937, Warschau 1937, Nr. 30, beides: AMZV Prag.

87) Pavlů an Krofta, Moskau 16. 4. 1937, Moskau 1937, II/2, Nr. 52532, ebenda.

daß zwischen Moskau und Berlin zum mindesten Fühlung aufgenommen ist“, von „unterirdischen Annäherungsversuchen“ Stalins und vom „Laviieren der sowjetischen Politik, die entschieden dazu angetan ist, uns wachsam zu halten“.<sup>88</sup>

Daß der Verdacht immerhin auf Indizien verweisen konnte, erhellten Ende 1937 die öffentlichen Drohungen Litwinovs, der bereits „bei früheren Gelegenheiten, bis September—Oktober 1937, mit dem Schreckgespenst einer Annäherung an Deutschland gearbeitet hat“, die UdSSR könne sich mit Deutschland verständigen und sie werde es auch tun, würde sich das sowjetisch-französische Verhältnis nicht befriedigender gestalten. In einem Interview mit dem Moskauer Korrespondenten von „Le Temps“ bejahte Litwinov die Frage nach der Möglichkeit einer deutsch-sowjetischen Annäherung und erklärte: „Die UdSSR würde durch eine territoriale Revision nicht verletzt werden. Das ist, warum wir uns desinteressieren können. . . Die Dinge können sich auch anders entwickeln.“<sup>89</sup>

Die Drohungen Litwinovs konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß er mit dieser Annäherungspolitik, die er Stalin persönlich zugeschrieben hatte, gar nicht einverstanden und darüber empört war, daß „sich das alles hinter seinem Rücken abspielt“, abgesehen davon, daß er sich „nicht vorstellen“ konnte, „auf welcher Grundlage eine Verständigung erreicht werden könnte“. So urteilte er schon im Februar 1937, als er davon überzeugt war, daß „die ganze Sache durch einen Zufall herauskommen könnte“.<sup>90</sup> Litwinovs Verurteilung der geheimen Kontakte des Kreml mit Berlin geht klar auch aus seinen späteren Aussagen hervor. So liest man in seinen Aufzeichnungen von Juli und Oktober 1937: „Ich wundere mich, daß der Intelligence Service noch nicht in das Geheimnis unserer mysteriösen Verbindungen mit Berlin eingedrungen ist. Die politische Gefahr ist enorm groß. . . Ich glaube nach wie vor, daß die geheimen Verbindungen unserer sogenannten Diplomaten wie Kandelaki, Astachov, Babarin und anderer zu Skandalen führen und alle jene Kräfte in England und Frankreich schwächen müssen, die selbst um den Preis eines Bündnisses mit uns gewillt sind, entschlossen gegen Hitler zu marschieren.“<sup>91</sup> Die Beschwerden Litwinovs bezeugen eindeutig seine Enttäuschung über die Doppelgleisigkeit der sowjetischen Außenpolitik — einer Partei- und einer Staatslinie — und über die Stalinsche Torpedierung seiner persönlichen Politik der kollektiven Sicherheit und des Bündnisses mit Paris und Prag. Wenn er diese Klagen noch im Juli und Oktober 1937 aufgezeichnet hatte, bedeutete das nicht, daß die Berliner Kontakte der Vertrauten Stalins mit

88) R. Coulondre: Von Moskau nach Berlin 1936—1939, Bonn 1950, S. 181.

89) Coulondre an Delbos, Moskau 25. 12. 1937, DDF, 2eme Série, T. VII, Paris 1972, No. 390, S. 785—788; Schulenburg an Staatssekretär Mackensen, Moskau 24. 1. 1938, Polit. Abt. II — Verschuß 74, Po g Rußland 9, Politische Angelegenheiten Rußlands, Bd. 5, PAAA Bonn.

90) M. Litwinow: Memoiren. Aus den geheimen Tagebüchern, München 1956, S. 215.

91) Ebenda, S. 231, 233.

der Absage Hitlers vom 10. Februar nicht aufhörten, sondern noch im Sommer und Herbst 1937 aktuell waren?

Die Prager Akten deuten darauf hin. Seit Ende September 1937 machte Beneš Blum auf die Gefahr der westlichen Isolierung der Sowjetunion aufmerksam, die zur Annäherung zwischen Moskau und Berlin führen müßte.<sup>92</sup> Beunruhigt über solche Perspektiven, die auch einige französischen Diplomaten, besonders Coulondre, teilten<sup>93</sup>, beauftragte Beneš im Oktober 1937 seinen neuen Moskauer Gesandten, Fierlinger, bei Litvinov direkt anzufragen, ob es der Wahrheit entspräche, daß die UdSSR eine Annäherung an Berlin erwäge. Litvinov versicherte zwar Fierlinger am 1. November 1937 kategorisch, Moskau bleibe seinen Bündnisverpflichtungen treu, doch die deutsche Karte der Sowjetpolitik dementierte er nicht.<sup>94</sup> Im Juli 1937 begründete der französische Journalist Pertinax die Notwendigkeit, den Pakt mit Moskau nicht zu verlassen, mit der Furcht vor einem deutsch-sowjetischen Abkommen, und auch Coulondre war überzeugt, daß diese Perspektive eine „sehr reale Gefahr“ darstelle.<sup>95</sup> Allerdings konnte man weder in Paris noch in Prag wissen, daß diese Gefahr nicht die offizielle politische Linie der Sowjets darstellte, wie sie Litvinov vertrat, sondern die ganz persönliche Linie Stalins und seiner engsten Vertrauten: Von der Existenz zweier entgegengesetzter Richtungen in der sowjetischen Außenpolitik konnte man in Paris und Prag absolut nichts ahnen.

Es läßt sich beinahe sagen, daß nach der Rheinlandbesetzung parallel zu jeder Rede Litvinovs in Genf es in Moskau oder Berlin seitens eines Konkurrenten Litvinovs, der in persönlichen Diensten Stalins stand, zu einem Versuch kam, das Gegenteil dessen zu erreichen, wofür sich Litvinov in Genf und gegenüber Paris und Prag eingesetzt hatte. Während seine öffentliche Linie für den „Hausgebrauch“ in Genf und im Westen bestimmt war, verfolgte Stalin persönlich insgeheim eine entgegengesetzte, auf die Annäherung mit dem Dritten Reich abzielende Linie. Daß es in dem auf die Rheinlandbesetzung folgenden Jahr zu keinem deutsch-sowjetischen Abkommen kam, sei es ein Nichtangriffspakt, sei es ein Bündnis, ist ausschließlich auf Hitlers Antikommunismus und seine Ablehnung anderer als ökonomischer Abmachungen mit der Sowjetunion zurückzuführen. Der Kreml scheint nie geglaubt zu haben, daß der Eintritt der UdSSR in den Völkerbund sowie ihre Verbindung mit Frankreich und der Tschechoslowakei ein geeigneter und vollwertiger Ersatz für ihre frühere Beziehung mit Deutschland gewesen wären. Daraus ist zu schließen, daß Stalin in seiner deutschen Karte eine Optimallösung der sowjetischen außenpolitischen Position erblickte, während die im Gegensatz zu der deutschen wirklich

92) Ripkas Aufzeichnung über seine Gespräche mit Blum 25.—26. 9. 1937, BA, Francie 1937/II, f. 39, AÜD KSČ Prag.

93) Fierlinger an Krofta, Moskau 28. 10. 1937, Moskau 1937, Nr. 81, AMZV Prag.

94) Fierlinger an Krofta, Moskau 2. 11. 1937, ebenda, Nr. 82.

95) Chilston an das FO, Moskau 27. 7. 1937, FO 371, Vol. 21095, Doc. N 3932, PRO London.

vorhandene französisch-tschechoslowakische Karte für ihn nur eine Ersatz- oder Notlösung war. Die deutschen Kontaktversuche Moskaus 1936—1937 können schwerlich überschätzt werden; zumindest ist soviel sicher, daß sie eine Signalwirkung für den August 1939 hatten.

### Sowjetisches Desinteresse an einer Militärkonvention

Die Distanzierung Moskaus von seinen Vertragsverpflichtungen hatten nach der Rheinlandbesetzung auch negative Auswirkungen auf die Frage der in den Beistandspakten fehlenden Militärkonvention mit Paris und Prag. Die Sowjets waren schon seit August 1935 nachhaltig bestrebt, den Pariser Widerstand gegen den Sowjetvorschlag verbindlicher Besprechungen des französischen und sowjetischen Generalstabes durch Vermittlung Prags zu brechen<sup>96</sup>, da sie zu Recht voraussetzten, daß gerade die Tschechoslowakei das stärkste Interesse an einer französisch-sowjetischen Militärkonvention haben müsse. Daher die wiederholten Versuche der Sowjets, in Beneš einen Vermittler und eine Stütze gegen das Desinteresse in Paris zu finden. Doch Frankreich betrachtete die Sowjetunion als einen militärisch zweitrangigen, wenn nicht minderwertigen Verbündeten. Die hohe Bewertung der Roten Armee durch den tschechoslowakischen Generalstabschef General Krejčí, die Beneš im Oktober 1935 nach Paris weiterleitete, machte auf den französischen Generalstab nicht den geringsten Eindruck und führte ihn nicht einmal zu Erwägungen über eine Revision seiner absurden Einstellung, in der er sogar die veraltete polnische Armee als eine wirksame strategische Kraft bevorzugte, obwohl der deutsche Generalstab gegen Ende 1935 einen ausgerechnet gegen Frankreich gerichteten Operationsplan „Variante Rot“ ausarbeitete.<sup>97</sup> Das Desinteresse Frankreichs an einer Militärkonvention mit der UdSSR führte in der Literatur häufiger zu verzerrten Analysen.<sup>98</sup> Dabei scheint Moskau bereit

96) Ob General Šapošnikov wirklich schon im August 1935 anfang, den Plan sowjetischer bewaffneter Aktionen für den Fall einer deutschen Aggression gegen Frankreich auszuarbeiten, läßt sich bisher schwerlich exakt feststellen. R. Kvaček: K francouzsko-sovětsko-československým vztahům po květnu 1935 [Zu den französisch-sowjetisch-tschechoslowakischen Beziehungen nach dem Mai 1935], in: Z českých dějin [Aus der tschechischen Geschichte], Prag 1966, S. 276, stützt die Verlässlichkeit dieser Angabe nur auf die sowjetische Literatur: Ju. V. Borisov: Sovětsko-francuské otnošení 1933—1938 gg. [Sowjetisch-französische Beziehungen 1933—1938], in: Voprosy istorii 1961, Nr. 8, S. 166; Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion, Bd. I, Frankfurt 1961, S. 88, ohne Verifizierung durch andere Quellen. Die Angabe scheint schon deshalb unwahrscheinlich zu sein, weil es der sowjetischen Instrumentalisierung des franko-sowjetischen Paktes widersprochen hätte, ähnliche Militärpläne in die Wege zu leiten.

97) Reynaud (wie Anm. 54), S. 81; P. Renouvin: Histoire des relations internationales, T. VIII, Paris 1958, S. 83, 90; Zeugenaussage General Gamelins, in: Les événements (wie Anm. 54), T. I, Paris 1947, S. 128; Osuský an Beneš, Paris 21. 10. 1935, Paris 1935, Nr. 149, AMZV Prag.

98) So begründet Allard (wie Anm. 71), S. 81, das französische Desinteresse damit, daß der Pakt Paris-Moskau angeblich „praktisch nur zur Anwendung

gewesen zu sein, ziemlich weit zu gehen, wie die Erklärung Blums von 1936 andeutet: „Die Russen bemühten sich um das Zustandekommen einer Vereinbarung der Generalstäbe. Aber getan wurde nichts. Auf die dringenden Vorstellungen der Russen wurde ausweichend geantwortet. Rußland verpflichtete sich feierlich, über sein militärisches Potential, über seine industriellen Möglichkeiten und über Lieferungen, mit denen man uns im Falle eines europäischen Konfliktes versorgen könne, vollständige Angaben zu machen. Man bat darum, daß wir unsererseits analoge Angaben übergeben sollten, aber ihre Übermittlung wurde verzögert.“<sup>99</sup>

Die Abneigung der französischen Armeekreise gegen die Kontaktaufnahme mit der Roten Armee ermöglichte es jedoch Beneš nicht, Paris im Sinne der Wünsche Moskaus unter Druck zu setzen; und in Wirklichkeit dachte er ebensowenig daran, diesen Druck auszuüben, wie an eine Militärkonvention zwischen Prag und Moskau, aus internationalen wie innenpolitischen Gründen. Das wurde besonders aufschlußreich in der tschechoslowakischen Reaktion auf die Initiative, die die Sowjets zur Beschleunigung der französisch-sowjetischen Militärgespräche drei Wochen nach dem Rheinlandeinzug entfalteteten, zum Ausdruck gebracht. Am 28. März 1936 schlug Paul-Boncour gleichzeitig gegenüber Potëmkin und dem tschechoslowakischen Gesandten in Paris Osuský die Einleitung von Beratungen zwischen dem tschechoslowakischen und dem sowjetischen Generalstab vor, doch Potëmkin neutralisierte diese Anregung sofort mit dem Hinweis auf die Priorität der sowjetischen Militärverhandlungen mit Frankreich. Er wies also den Vorschlag ab, wohl wissend, daß Paris zu Generalstabsbesprechungen nicht bereit war. Andererseits verlangte Potëmkin am 2. April von Osuský, er solle bei Flandin und Sarraut im Sinne der franko-sowjetischen Militärberatungen intervenieren, ohne die er die Militärgespräche ČSR-UdSSR für unzumutbar hielt. Er verriet sich, als er zugab, daß die Sowjetunion bereit sei, mit Frankreich militärische Gespräche zu führen „für den Fall, daß Frankreich oder Belgien von Deutschland angegriffen werden würden“, ohne die Einbeziehung der Tschechoslowakei in die sowjetischerseits erwünschte Militärkonvention zu erwäh-

kommen könne, wenn die Sowjetunion einem deutschen Angriff ausgesetzt sei“. Das französische Desinteresse erklärt sich jedoch einerseits durch die falsche Bewertung der Roten Armee seitens der französischen Militärs, andererseits durch das Bestreben aller französischen Regierungen, die Verbindung mit der UdSSR nicht enger werden zu lassen.

99) P. Reynaud: *Mémoires*, T. II, Paris 1963, S. 161—162. Nach unüberprüfbareren sowjetischen Angaben schlug die Sowjetunion vor, in den Verhandlungen mit Paris „die militärtechnische Seite der Koalitionskriegsführung“ zu vereinbaren, weiter „die Auswahl des Hauptkriegsschauplatzes“, „die operativ-strategischen Richtungen“, „die Zeit der Entfaltung der Truppen und das Verbindungssystem der verbündeten Oberkommandos“. Die Sowjets sollen empfohlen haben, „die Ermittlung der gegnerischen Hauptgruppierungen“, „die Festlegung der entscheidenden Räume der Kampfhandlungen und der operativen Richtungen“, „die Festsetzung der erforderlichen Truppenstärken“ und „die Wahl der Methoden der Kampfführung“ durchzuführen: *Geschichte des Zweiten Weltkrieges 1939—1945*, Bd. I, Berlin(-Ost) 1975, S. 394—395. In der französischen Literatur sind diese sowjetischen Postulate nicht belegt.

nen.<sup>100</sup> Die Logik des sowjetischen Vorgehens war also stark kondratiktörisch und mußte automatisch den Verdacht erwecken, daß Moskau ein Manövrieren zwischen Paris und Prag verfolge, mit dem Ziel, die Ablehnung der Konvention durch die französische Regierung zu provozieren. Damit hätte Moskau nicht nur Paris für das Scheitern der Konvention, sondern zugleich Prag für den ungenügenden Druck auf Paris verantwortlich machen können, nicht zuletzt in der Absicht, Paris und Prag gegeneinander auszuspielen.

Dennoch läßt sich in der Prager Weisung an Osuský vom 4. April Ängstlichkeit, Ratlosigkeit und Zurückhaltung ablesen, eine Haltung zwischen Wunschtraum und Realität: Einerseits sprach die Depesche davon, daß „man auch ohne ein solches Abkommen persönliche Beziehungen zwischen den Stäben unterhalten kann“, andererseits klassifizierte sie jede vertraglich verankerte Abmachung zwischen den Generalstäben der ČSR und der UdSSR als „unangebracht in der Situation, in der die deutsche Tat vom 7. März nicht liquidiert ist“, und hielt „jegliches Drängen“ auf die französisch-sowjetischen Militärgespräche für „nicht ratsam“.<sup>101</sup> Drei Tage später instruierte Beneš Krofta: „Der sowjetische und unser Generalstab brauchen einstweilen, solange der Streit vom 7. März mit Hitler nicht liquidiert ist, keine Abmachungen, nur unverbindlich mit den Russen reden, informelle Beratungen, nichts Endgültiges vereinbaren, die Sache nur vorbereiten.“<sup>102</sup> Wenn die außenpolitische Linie Beneš' von der Bemühung gekennzeichnet war, die Beziehungen zur Sowjetunion im Geiste der kollektiven Sicherheit im Einklang mit dem Westen zu gestalten, dann sah die Haltung Prags nur scheinbar verblendet aus.<sup>103</sup> Sie war um so verständlicher, als Beneš die Isolierung der Tschechoslowakei nach der französischen Räumung der mitteleuropäischen Positionen infolge der er-

100) Osuský an Krofta, Paris 2. 4. 1936, Tres. II/1, 1936/1, Nr. 47457, AMZV Prag (abgedruckt im Anhang 4). Vgl. dazu K v a č e k ; Německá likvidace (wie Anm. 35), S. 328, sowie P. A u e r s p e r g : Podíl československé buržoazie na sabotáži politiky kolektivní bezpečnosti v letech 1935—1936 [Der Anteil der tschechoslowakischen Bourgeoisie an der Sabotage der Politik der kollektiven Sicherheit 1935—1936], in: O československé zahraniční politice 1918—1938 [Über die tschechoslowakische Außenpolitik 1918—1938], Prag 1956, S. 284, und Přehled dějin československo-sovětských vztahů v údobí 1917—1939 [Übersicht über die Geschichte der tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen in der Periode 1917—1939], Prag 1974, S. 308. Beide Darstellungen verzerren die Pariser Gespräche tendenziös zugunsten der Sowjets.

101) Krofta an Osuský, Prag 4. 4. 1936, Kab. 1936, Nr. 1107, AMZV Prag.

102) Beneš an Krofta, Prag 7. 4. 1936, ebenda. Vgl. M. J a n i š o v á : Francouzská zahraniční politika a Československo v období příprav Mnichova [Die französische Außenpolitik und die Tschechoslowakei in der Phase der Vorbereitungen Münchens], in: ČsČH 11 (1963), S. 583.

103) Der Generalstabschef General Krejčí erklärte hinsichtlich der Bitte Osuskýs um Weisungen in der Frage des Vorschlags Potěmkins, daß keine akute Gefahr eines deutschen Angriffs drohe und daß das Verraten der Militärverhandlungen mit Moskau den Krieg eher beschleunigen könnte. Auch Beneš selbst „stellte ein und verbot“ Ende April 1936 weitere Spekulationen in diesem Sinne: Tres. — II/1, 1936/1, Nr. 47457, AMZV Prag.

folgreichen Rheinlandbesetzung erkannte; und gerade in einem solchen Krisenmoment war er natürlich nicht bereit, Berlin durch eine Militärkonvention mit Moskau zu reizen.

Auf die tschechoslowakische Abneigung, eine Militärkonvention mit der Sowjetunion abzuschließen, hat sicher die Nachricht von der berüchtigten Aussage Tuchačevskijs vom 7. März Einfluß gehabt, von der Osuský schon am 19. März, noch vor der Initiative Potëmkins, nach Prag berichtete. Angesichts dieser Erklärung sowie weiterer Distanzierungsdeklarationen Moskaus muß sich Prag mit Recht die Frage gestellt haben, was für einen Sinn und Wert die Militärkonvention mit der UdSSR überhaupt hätte haben können. Dennoch, kaum daß die erste Unsicherheit nach der Remilitarisierung des Rheinlandes überwunden worden war, erwog Prag seit Sommer 1936 wieder die Möglichkeit einer Vermittlung zwischen Paris und Moskau in der Frage der Militärkonvention sowie eigener militärischer Gespräche. Anfang August reagierte Beneš auf die sowjetische Initiative zur Einleitung der Gespräche über gemeinsame strategische Linien von Mitte Juli<sup>104</sup> mit seinem Einverständnis mit der Ansicht der Prager Armeeführung und des Chefs der französischen Militärmission in Prag General Faucher, daß die Konferenzen des tschechoslowakischen und sowjetischen Generalstabes zur Bestimmung der Modalitäten der beiderseitigen Zusammenarbeit höchst aktuell seien.<sup>105</sup> Ein offenes Prager Angebot vom 18. August 1936, eine gegenseitige Militärkonvention zu schließen, lehnte jedoch Moskau wieder ab mit der Begründung, daß die Konvention mit Prag nicht früher als mit Paris abgeschlossen werden könne, und daß, wenn die von Prag vorgeschlagenen Gespräche die übliche Routine hätten überschreiten sollen, es unerlässlich wäre, zuerst neue politische Verhandlungen zu führen.<sup>106</sup>

Am 27. September 1936 legte Tuchačevskij dem Stellvertreter Gamelins General Schweisgut, der an den sowjetischen Manövern teilnahm, ein Angebot der Zusammenarbeit der Generalstäbe vor, doch lehnte es Daladier als Verteidigungsminister ab mit der Begründung, die Generalstabsgespräche würden Beunruhigung in London hervorrufen und Deutschland den Vorwand liefern, Frankreich der Einkreisungspolitik zu bezichtigen.<sup>107</sup> Noch bevor Daladier das sowjetische Angebot abgelehnt hatte, dementierte Blum gegenüber Eden die Gerüchte, er habe mit Litvinov Generalstabsgesprächen vereinbart, und teilte ihm mit, er habe die diesbezüglichen

104) Eingänge 1936, Nr. 527, ebenda.

105) Les événements (wie Anm. 54), T. V, Paris 1949, S. 1199; Reynaud, Au coeur de la mêlée (wie Anm. 54), S. 81.

106) Les événements (wie Anm. 54), T. V, S. 1199; Gesandter Dampierre an Quai d'Orsay, Belgrad 22. 9. 1936, DDF, 2e Série, T. III, Paris 1966, S. 396; Gesandter Campbell an das FO, Belgrad 22. 9. 1936, FO 371, Vol. 19880, Doc. C 6630, PRO London; Ripka an Beneš, Genf 30. 9. 1936, BA, Francie 1936, I/21, f. 39, AÜD KSC Prag; Militärattaché Oberstleutnant Dastich an die Militärkanzlei des Präsidenten der Republik, Moskau 9. 11. 1936, VHA Prag. Vgl. auch Borisov (wie Anm. 96), S. 166.

107) Schweisgut an Daladier, Paris 6. 10. 1936 und Daladier an Delbos, Paris 13. 10. 1936, DDF, 2e Série, T. II/3, Paris 1964, S. 513.

Genfer Vorschläge Litvinovs im September zurückgewiesen.<sup>108</sup> In der Tat soll Blum aber in seinem Genfer Gespräch mit Litvinov am 2. Oktober 1936 mit sofortigen Gesprächen der Generalstäbe einverstanden gewesen sein, unter der Bedingung, daß sie keinen offiziellen Charakter hätten und daß ihre Resultate nicht schriftlich niedergelegt würden.<sup>109</sup> Seine Zustimmung stieß jedoch auf den harten Widerstand Gamelins, der am 15. Oktober die Gerüchte über ein französisches Interesse an einer Militärkonvention kategorisch mit dem Hinweis darauf widerlegte, er selbst sei gegen jede Konvention.<sup>110</sup> Auf der Regierungssitzung am 9. November befürwortete nur der Luftfahrtminister Pierre Cot den sofortigen Abschluß der Konvention, während alle anderen Teilnehmer der Beratung „den gegebenen Augenblick“ für „ungeeignet“ hielten, da man die Verhandlungen berücksichtigen müsse, die gerade London mit Rom und Warschau führte.<sup>111</sup> Blum, der dazu neigte, dem sowjetischen Wunsch zu entsprechen, gab schließlich auch nach, als er mit den Argumenten des Pariser Generalstabes konfrontiert wurde, der mit der Sowjethilfe im Kriegsfall nicht rechnete und immer noch die polnische Armee bevorzugte.<sup>112</sup>

Ende September entsandte Beneš seinen Vertrauten Hubert Ripka nach Paris und Genf zu Sondierungen über den Stand der franko-sowjetischen militärischen Zusammenarbeit. Ripka traf in Genf mit Litvinov zusammen und stellte fest, daß dieser im September wiederum Blum vergeblich gedrängt haben sollte, den franko-sowjetischen Gesprächen über die Koor-

---

108) Edens Aufzeichnung über sein Gespräch mit Blum, London 10. 10. 1936, DBFP, 2nd Ser., Vol. XVII, No. 280, S. 397—398. Die Leitung der britischen Außenpolitik war Ende September 1936 sehr beunruhigt durch das sowjetische Drängen in Paris und durch die Möglichkeit, Frankreich könne ihm nachgeben: Randbemerkungen Wigrams und Sargents vom 24. 9. 1936 ad: Campbell an das FO, Belgrad 22. 9. 1936 (Sign. wie Anm. 106).

109) Clerk an das FO, Paris 9. 10. 1936, FO 371, Vol. 19880, Doc. C 7102, PRO London.

110) Britischer Militärattaché Oberst Beaumont-Nesbitt an Botschafter Clerk, Paris 16. 10. 1936, Anlage ad: Britische Botschaft (Lloyd Thomas) an Eden, Paris 16. 10. 1936, FO 371, Vol. 19880, Doc. C 7389, PRO London.

111) Osuský an Krofta, Paris 9. 11. 1936, Kab. 1936, s. s., AMZV Prag; A. Geraud (Pertinax): *Les Fossoyeurs*, T. II, New York 1943, S. 101; P. Cot: *Triumph of Treason*, New York 1944, S. 357—358. Die aus einer Kompilation aus der Sowjetliteratur entstandene Behauptung, die französische Regierung habe im November 1936 beschlossen, Vertreter des französischen Generalstabes nach Moskau zu entsenden, was jedoch Daladier und Gamelin sabotiert haben sollen: V. Král: *Spojenectví československo-sovětské v evropské politice 1935—1939* [Das tschechoslowakisch-sowjetische Bündnis in der europäischen Politik 1935—1939], Prag 1970, S. 183, widerspricht allen bekannten Quellenangaben. Vgl. dagegen Beloff (wie Anm. 5), II, S. 60—61.

112) Reynaud, *Au couer de la mêlé* (wie Anm. 54), S. 95—97. Anfang Dezember 1936 fragte Reynaud Vansittart, ob dieser seine Parlamentsrede gelesen habe, in der Reynaud verlangte, den franko-sowjetischen Pakt in Realität umzusetzen, die er bisher nicht darstelle. Vansittart notierte dazu, daß, wenn die französische Regierung jetzt eine Militärkonvention mit Moskau abschliesse, es die Deutschen sofort gegen ein Abkommen mit dem Westen ausnützen würden: Vansittarts Aufzeichnung über sein Gespräch mit Reynaud, London 8. 12. 1936, DBFP, 2nd Ser., Vol. XVII, No. 453, S. 658—660.

dinierung eines gemeinsamen militärischen Vorgehens zuzustimmen (was im Widerspruch zu dem am 2. Oktober erteilten Einverständnis Blums stand). Auf Ripkas Einwände gegen das sowjetische Desinteresse für die Konvention mit der ČSR reagierte jedoch Litvinov mit dem Argument, Moskau könne die Priorität der Konvention mit Paris nicht verletzen, und verlangte von Ripka im Gegenteil eine neue tschechoslowakische Intervention in Paris zugunsten der franko-sowjetischen Konvention.<sup>113</sup> Das war das ewig gleiche Lied der Sowjets: durch Hinweise auf die Priorität der Konvention mit Frankreich die Konvention mit Prag unmöglich zu machen, da sie sehr wohl wußten, Frankreich sei zu ihr nicht bereit, im Gegensatz zur Tschechoslowakei, für die die Konvention strategisch von viel größerer Bedeutung gewesen wäre als für Frankreich.<sup>114</sup>

Darüber hinaus wußte schon Beneš vor Mitte Oktober 1936 von seinem Berliner Gesandten von dem deutschen Angebot eines Nichtangriffspaktes mit der Tschechoslowakei: Graf Trautmannsdorff hatte sich am 14. August und 16. Oktober 1936 an den Gesandten Mastný mit der Anregung gewandt, Berlin wünsche durch einen „persönlichen Vertrauten des Reichskanzlers“ vertraulich persönlichen Kontakt mit Beneš anzuknüpfen. Am 18. Oktober führte Trautmannsdorff Dozent Albrecht Haushofer, einen Mitarbeiter des „Büro Ribbentrop“, bei Mastný ein. Auch wenn Beneš keinen Illusionen über die bevorstehende Verhandlung mit beiden Emissären Hitlers<sup>115</sup> verfiel, so war er doch nicht bereit, durch ein Militärabkommen mit Moskau die Gelegenheit zu verlieren, Hitlers Ziele unmittelbarer durchschauen zu können. Deshalb vereinbarte er in seinen Prager Gesprächen mit dem stellvertretenden französischen Generalstabschef am 10.—12. Oktober 1936 die Vorlage der tschechoslowakisch-französischen Forderungen

113) Ripkas Denkschrift an Beneš vom 13. 10. 1936 über seine Verhandlungen in Genf und Paris zwischen dem 30. 9. und 10. 10. 1936, BA, Francie 1937/I, f. 39, AÚD KSČ Prag.

114) Der stellvertretende französische Generalstabschef General Schweisgut berichtete nach seiner Rückkehr aus den sowjetischen Manövern, die Rote Armee sei nicht kriegsbereit und ihre Einsatzfähigkeit gegen Deutschland sei äußerst problematisch: Schweisgut an Gamelin, Paris 5. 10. 1936, DDF, 2e Série, T. II/3, S. 511. Die britische Militärdelegation mit General Wavell an der Spitze wertete im Gegenteil die Qualität wie die Quantität der sowjetischen Ausrüstung sehr hoch: Geschäftsträger v. Bismarck an das AA, London 15. 9. 1936, Polit. Abt. II, Pol. 3 England-Rußland, Bd. 1, PAAA Bonn.

115) Das erste Gespräch Beneš' mit den deutschen „Vermittlern“ Albrecht Haushofer und Maximilian K. Graf Trautmannsdorff fand auf der Prager Burg am 13. 11. 1936 statt. Über diese Verhandlungen vgl. ausführlich G. L. Weinberg: Secret Hitler-Beneš Negotiations in 1936—1937, in: Journal of Central European Affairs, Vol. XIX, No. 4, January 1960, S. 366—374; A. Šnejdárk: Tajné rozhovory Beneše s Německem v letech 1936—1937 [Geheime Gespräche Beneš' mit Deutschland 1936—1937], in: ČsČH 9 (1961), S. 112—126; M. Pułaski: Tajne rokowania czechosłowacko-niemieckie a pakt nieagresji w latach 1936—1937 [Tschechoslowakisch-deutsche Geheimverhandlungen und der Nichtangriffspakt in den Jahren 1936—1937], in: Przegląd Zachodni 20 (1964), S. 245—263; R. Kvaček: Československo-německá jednání v roce 1936 [Tschechoslowakisch-deutsche Verhandlungen im Jahre 1936], in: Historie a vojenství 1965, S. 721—754.

in Moskau, dementierte allerdings alle Gerüchte über Beratungen des Prager und Moskauer Generalstabes und erklärte, „er sei gerade jetzt aus politischen und diplomatischen Gründen nicht für den Abschluß eines Militärabkommens mit den Sowjets. . . Er unterzeichne ein Militärabkommen mit Moskau erst dann, wenn Paris dasselbe als erstes tun würde“. . . „Ich [Beneš] wollte und will nichts tun, was Deutschland Anlaß zum Geschrei über Einkreisung geben könnte.“<sup>116</sup> Deshalb auch konnte die Relation Ripkas von Mitte Oktober, daß die Sowjetdiplomaten in Genf, Paris und Rom wieder eine Intervention Prags in Paris erbäten, um die französisch-sowjetische Militärkonvention zu erreichen<sup>117</sup>, kein Verständnis bei Beneš finden. Umsoweniger konnte er dem knapp vor seinem ersten Prager Gespräch mit den deutschen Emissären eingegangenen Bericht der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Moskau zustimmen, daß der Militärattaché Oberstleutnant Dastich in den ersten Novembertagen auf Anregung General Krejčís gegenüber dem sowjetischen Generalstabschef das tschechoslowakische Einverständnis mit der Eröffnung der Generalstabsbesprechungen zwischen Prag und Moskau zum Ausdruck gebracht habe; übrigens hatten die sowjetischen Gesprächspartner Dastichs daraufhin erklärt, sie seien mit den gegenseitigen Beziehungen zufrieden und wünschten, in dem bisherigen Rahmen fortzufahren, „ginge es jedoch um Erweiterung dieses Rahmens, wäre vorhergehende neue politische Verhandlung eine unerläßliche Voraussetzung“.<sup>118</sup> Somit nahmen die Sowjets von den Militärgesprächen mit Prag erneut Abstand.

Warum Beneš nicht bereit war, auf eine solche „Erweiterung des Rahmens“ einzugehen, erläuterte er ausführlich in seiner persönlichen Botschaft an Léon Blum am 18. Dezember 1936.<sup>119</sup> Er setzte den französischen Premier davon in Kenntnis, daß die Sowjetregierung Prag angeboten habe, „die Grundlinien des gemeinsamen strategischen Vorgehens zu besprechen“, und daß er beabsichtige, das Angebot ausweichend zu beantworten. Seine Einstellung berücksichtigte die Abhängigkeit der französischen Politik von Großbritannien; deshalb machte er Blum klar, daß jede weitergehende Verhandlung mit der Sowjetunion eine vorläufige Zustimmung Londons erfordere. Auch wenn er betonte, man dürfe die russische Karte nie aus der Hand geben, so zog er doch die Verhandlung mit Deutschland um ein neues Locarno der Verhandlung mit Moskau vor, zu der er erst im Falle des Scheiterns der Verhandlung um ein neues Locarno bereit war. Würde man mit Moskau eine Militärkonvention mit Hilfe der Tschechoslowakei aushandeln wollen, so würde die deutsche Kampagne gegen die ČSR verstärkt werden, Jugoslawien und Rumänien würden sich von der Tschechoslowakei noch mehr separieren und die französische

116) Les événements (wie Anm. 54), T. V, S. 1198 f.

117) Ripkas Denkschrift an Beneš vom 13. 10. 1936 (Sign. wie Anm. 113).

118) Pavlů an Krofta, Moskau 9. 11. 1936, Moskau 1936, Nr. 94, AMZV Prag. Die sowjetische Ablehnung verschweigt und den ganzen Sinn der Depesche verfälscht Auersperg (wie Anm. 100), S. 303.

119) Persönliche Botschaft Beneš' an L. Blum, Prag 18. 12. 1936, Kab. 1936, Nr. 5590, AMZV Prag (abgedruckt im Anhang 5).

Rechte würde Prag beschuldigen, Frankreich in gefährliche Verpflichtungen zu verwickeln. Das entscheidende Argument gegen die Militärkonvention Prags mit Moskau formulierte Beneš in der Devise: „Der Verlauf aller unserer Verhandlungen mit Rußland verfolgt bisher die Regel: Frankreich verhandelt, die Tschechoslowakei schließt sich dem vereinbarten Abkommen an.“<sup>120</sup> Die wirkliche Motivation der Argumentation Beneš' ist jedoch in keinem der von ihm angeführten Gründe zu suchen, sondern ausschließlich darin, daß er seine Botschaft am gleichen Tag zu Papier brachte, an dem er zum zweitenmal mit den deutschen Emissären zusammentraf, denen er diesmal schon seinen Entwurf eines Nichtangriffspaktes Prag-Berlin vorlegte, dessen Projekt deutscherseits erst im März 1937 zu Fall gebracht werden sollte.

Es war also keineswegs nur das sonst unbestreitbare sowjetische Taktieren und Manövrieren, sondern ebenso stark die mehrfach motivierte, jedoch ganz entschieden an Weitsicht mangelnde Zurückhaltung Prags, die die tschechoslowakisch-sowjetische Militärkonvention verhinderte. Dennoch sprachen die Politiker, Diplomaten und Militärs des Dritten Reiches hartnäckig und mit einer starken Dosis an Phantasie von einem angeblichen tschechoslowakisch-sowjetischen „Militärbündnis“ als von einer vollzogenen Tatsache: so schon während der Rheinlandkrise Ribbentrop in London<sup>121</sup>, die Abwehr gleich zweimal im April 1936<sup>122</sup>, im Juni 1936 das deutsche Oberkommando.<sup>123</sup> Die britischen Versuche, Ribbentrop davon zu überzeugen, daß die Beistandspakte Moskaus mit Paris und Prag durch keine Militärklausel ergänzt wurden, waren von vornherein zum Mißerfolg verurteilt<sup>124</sup>, und auch François-Poncet stieß im Februar 1937 bei Staatssekretär Dieckhoff auf Unverständnis, als er ihm nachdrücklich versicherte, daß die Sowjets in Paris auf militärische Abmachungen erst hin-

120) Král (wie Anm. 111), S. 186, übernimmt unkritisch die irrtümliche Behauptung Blums von 1947: Zeugenaussage Blums vom 18. 6. 1947, in: Les événements (wie Anm. 54), T. I, S. 128—129, daß er Ende 1936 von Beneš ein persönliches Schreiben erhalten habe, das der Sohn Blums nach Paris mitgebracht und in dem Beneš Blum vertraulich darauf aufmerksam gemacht haben soll, daß der sowjetische Generalstab „verdächtige Kontakte“ mit Deutschland unterhalte. Es handelt sich ganz klar um eine Verwechslung: Ende 1936 konnte es nur um die Botschaft Beneš' vom 18. 12. 1936 gehen, die Blum zwang, den französischen Generalstab in der Sache der Militärkonvention nicht mehr zu drängen. Blum verwechselte diese Botschaft mit einer weiteren Botschaft Beneš' vom 8. 5. 1937. Ende 1936 hätte Beneš von „verdächtigen Kontakten“ des sowjetischen Generalstabes nichts wissen können.

121) Am 19. 3. 1936 bei der Völkerbundsratssitzung gebrauchte er den Terminus „militärischer Bundesvertrag“ Prag-Moskau: P. Schmidt: Statist auf diplomatischer Bühne 1923—1945, Bonn 1949, S. 321.

122) In der Denkschrift der Abwehr I Ost an das Reichkriegsministerium „Die Lage in der Tschechoslowakei“ war von einem „Militärbündnis“ zwischen der ČSR und der UdSSR die Rede: RW 49, Bd. 30, MA Freiburg.

123) Aufzeichnung des Oberkommandos des Heeres „Die Militärbündnisse der Sowjetunion mit der Tschechoslowakei und Frankreich“, Berlin 21. 6. 1936, Allg. Wehrmachtsamt, RW 6, Bd. 77, MA Freiburg.

124) Eden an Phipps nach Berlin, London 18. 12. 1936, DBFP, 2nd Ser., Vol. XVII, No. 485, S. 700.

arbeiteten.<sup>125</sup> Das höchste erreichte Maximum an militärischer Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Sowjetunion bestand seit Mitte Februar 1937 in einem Informationsaustausch des französischen Militärattachés in Moskau und des sowjetischen Militärattachés in Paris mit der jeweiligen Regierung.<sup>126</sup> Daran ändert der realitätsfremde Bericht nichts, den im Januar 1937 der Moskauer Korrespondent von „Le Temps“, Luciani, Coulondre überbrachte, daß französische „radikalsozialistische Kreise es gerne sehen würden, wenn der Sowjetunion um den Preis der Auflösung der Komintern ein Militärbündnis angeboten würde“.<sup>127</sup> Daran ändert auch nichts die Überlegung Coulondres in derselben Zeit, eine Militärkonvention zwischen Paris und Moskau sei unentbehrlich, „weil wir uns klar werden müssen über Art und Umfang einer Teilnahme der UdSSR an einem möglichen Konflikt“<sup>128</sup> — befand sich doch der französische Botschafter in Moskau in deutlicher Opposition zu der Pariser politischen und militärischen Führung.

Zusammenfassend läßt sich feststellen: In der ersten Phase der Entwicklung des franko-sowjetisch-tschechoslowakischen Paktsystems zwischen Mai 1935 und März 1936 instrumentalisierte die Sowjetführung die Pakte als den Schutz der UdSSR selbst gegen eine in den sowjetischen Augen akut drohende deutsche Aggression gegen die Sowjetunion, als Schutz, dessen Last Frankreich und die Tschechoslowakei als sowjetische Verbündete zu tragen hätten, die zur Verteidigung der Sowjetunion aufzutreten verpflichtet wären. Der Zusammenbruch des europäischen Sicherheitssystems infolge der passiven französischen Hinnahme der Rheinlandbesetzung ersetzte jedoch die von den Sowjets vertretene Instrumentalisierung der Pakte durch deren Funktionalität. Im Widerspruch zu den Motiven, aus welchen Moskau die Pakte abgeschlossen hatte, sah sich die Sowjetunion plötzlich mit einer Lage konfrontiert, in der nicht mehr ein französischer und tschechoslowakischer Beistand zugunsten der angegriffenen UdSSR in Frage kam, sondern umgekehrt, die sowjetische Hilfeleistung an das bedrohte Frankreich oder an die in Gefahr geratene Tschechoslowakei. Und gerade diese Funktionalität der Pakte mitzutragen war Moskau auf gar keinen Fall bereit. Im April 1936 erlegte das Moskauer Politbüro der Leitung der sowjetischen Außenpolitik auf, gegenüber dem französischen und insbesondere tschechoslowakischen Verbündeten äußerste Zurückhaltung zu bewahren. Seit diesem Zeitpunkt leitete Moskau eine neue Linie ein, um sich von seinen Vertragsverpflichtungen in Mitteleuropa distanzieren, ihnen ausweichen, sie neutralisieren zu können. Der passive Abstand von Mitteleuropa, den die sowjetische Politik als Konsequenz aus der durch den widerstandslos hingegenommenen Rheinein-

125) Aufzeichnung Dieckhoffs, Berlin 8. 2. 1937, Büro Staatssekretär: Aufzeichnungen über Diplomatenbesuche, Bd. 1, PAAA Bonn.

126) Bulitt an C. Hull, Paris 20. 2. 1937, FRUS 1937/I, Washington 1954, S. 53.

127) Coulondre (wie Anm. 88), S. 64.

128) Ebenda, S. 67.

marsch Hitlers veränderten internationalen Konstellation im Frühjahr 1936 eingeschlagen hatte, zeichnete das Versagen der Sowjetunion im September 1938 vor: Die Passivität Moskaus in der Münchener Krise ist von der sowjetischen Distanzierung von Mitteleuropa nach der Rheinlandbesetzung nicht zu trennen.

## A n h a n g

### 1

Außenpolitischer Beschluß des Politbüros der KPdSU (B) <sup>1</sup>

Moskau, 13. März 1936

Bundesarchiv Koblenz.

Adjutantur des Führers, N 10, Bd. 62, fol. 164—167.

*Nach Entgegennahme des Berichtes des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten über die internationale Lage kommt das Politbüro der KPdSU (B) in seiner Sitzung am 13. März ds. Js. in Moskau zu dem einstimmigen Schluß, daß die durch einseitige Verletzung des Locarno-Vertrages seitens Deutschlands entstandene Lage für die Sowjetunion außerordentliche gefährliche*

1) Die außenpolitischen Beschlüsse des Politbüros der Kommunistischen Partei der Sowjetunion waren zugleich Weisungen der sowjetischen Parteiführung zur Außenpolitik, die an alle Auslandsmissionen der UdSSR gerichtet waren. Alle diese Beschlüsse sind von dem deutschen Gesandten in Wien Franz von Papen zwischen Ende 1934 und Ende 1937 erworben und direkt persönlich an Hitler weitergeleitet worden, wie aus Papens Begleitschreiben ersichtlich ist. Zwar hatte das Außenpolitische Amt der NSDAP schon zur Zeit, als Papen noch Vizekanzler war, die Möglichkeit, diese Beschlüsse zu erwerben, wie die Tagebuchaufzeichnungen Alfred Rosenbergs vom 8. und 11. 6. 1934 beweisen: Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs aus den Jahren 1934/1935 und 1939/1940, hrsg. u. erläutert von H. G. Seraphim, Göttingen 1956, S. 28 f., doch hat der Verfasser keine Stücke aus der Zeit vor Papens Wirken in Wien gefunden.

Papen nannte zwar nie ausdrücklich seine Quelle, doch dürfte feststehen, daß er die Dokumente in schon fertiggestellter deutscher Übersetzung von seinem Vertrauensmann bekommen hat, der Mitglied der sowjetischen Gesandtschaft in Wien war, von einem sowjetischen „Verräter“ also. Schon Rosenberg schreibt am 8. 6. 1934 (ebenda, S. 29): „Ich übergab dem Führer dann den Wortlaut eines geheimen Beschlusses des Moskauer Zentralkomitees, der an alle Sowjetbotschaften verschickt wird; wir bekommen sie fortlaufend aus einer von ihnen.“ Diese Aussage läßt die Möglichkeit zu, daß Papen bei seiner Ankunft in Wien einen schon fertigen, funktionierenden Kontakt vorfand; dann wäre es aber rätselhaft, warum nach der Abberufung (4. 2. 1938) und der Abreise Papens aus Wien (25. 2. 1938) diese Quelle völlig ausgetrocknet ist. Papen selbst bestätigte die sowjetische diplomatische Quelle 1945 in einem Verhör als Zeuge in Nürnberg: ZS/A 23, fol. 020, Institut für Zeitgeschichte, München. Daß Papen die Beschlüsse aus der Wiener Gesandtschaft der UdSSR hatte, darauf deutet auch der relativ sehr kurze Abstand zwischen der in Moskau abgehaltenen Sitzung und den Sendungen Papens an Hitler hin — in mehreren Fällen weniger als zwei Wochen. Erst nach Papens Abreise aus

Momente birgt. Nach Ansicht des Politbüro geht es um nichts mehr und nichts weniger als um den Versuch des deutschen faschistischen Imperialismus,

- a) jede praktische Bedeutung des französisch-sowjetischen Hilfeleistungspaktes durch Schaffung eines Festungsgürtels an der Westgrenze Deutschlands zu untergraben, eines Festungsgürtels, der es dem deutschen Imperialismus erlaubt, zur Verwirklichung seiner Expansionspläne in Zentral- und Osteuropa zu schreiten;
- b) den Völkerbund in ein Vollzugsorgan der vier westeuropäischen Mächte — Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Italien — umzuwandeln und jeden Einfluß der kleinen Staaten, insbesondere der Tschechoslowakei und Österreichs, aber auch Rumäniens, Jugoslawiens und der Balt[ischen] Staaten, auf den weiteren Gang der Ereignisse in Europa vollständig zu vernichten;
- c) das System der kollektiven Sicherheit zum Scheitern zu bringen, das in seiner Wurzel bereits durch die von Hitler vorgeschlagenen Nichtangriffspakte vernichtet wird, die den Frieden garantieren, doch nicht den europäischen, sondern den deutschen Frieden; die französisch-britische Einheitsfront zu zerstören und in Europa Bedingungen zu schaffen, die der Verwirklichung der deutschen Expansionspläne bezüglich Südost- und Osteuropa günstig sind.

Das Politbüro glaubt, daß der Sowjetdiplomatie die Lösung der außerordentlich schwierigen Aufgabe bevorsteht, die Voraussetzungen des deutschen Manövers zu zerstören, umsomehr, als die britische Regierung dazu neigt, sich unverständlich und uneffektiv auf eine platonische Verurteilung der Verletzung des Locarno-Paktes durch Deutschland zu beschränken und an das Studium und die Verwirklichung der Vorschläge Hitlers heranzugehen. Nach der festen

Wien trat sein vermutlicher Agent aus dem Hintergrund. Es war F. V. Bochov, Angestellter der sowjetischen Presseagentur TASS und Korrespondent in Wien, der Zugang zum nachrichtendienstlichen und geheimen Parteimaterial hatte und im Sommer 1938 seine Stellung aufgab, „angeblich aus weltanschaulichen Gründen. Seine Arbeit war gut und für den SD außerordentlich wichtig. Es steht fest, daß Bochov in den vergangenen Jahren seine Arbeit unentgeltlich geleistet hat“, weshalb er nun um Geld nachsuchte, offenbar deshalb, weil ihm der Wert des von ihm gelieferten Materials erst nachträglich klar wurde: Aufzeichnung des Reichssicherheitshauptamtes, Berlin 22. 6. 1938, Institut für Zeitgeschichte, München: MA 433/728970-971. Dennoch kann diese Identifizierung des Agenten Papens nicht als definitiv angesehen werden; wir neigen immer noch dazu, daß es viel wahrscheinlicher und auch logischer ist, den Agenten unter den Gesandtschaftsangehörigen zu suchen. Es ist allerdings nicht ganz auszuschließen, daß Bochov selbst über die Moskauer Beschlüsse zwar nicht verfügte, daß er aber als Zwischenglied zwischen der UdSSR-Gesandtschaft in Wien und Papen tätig war.

Auf die Authentizität der Stücke weisen mehrere Umstände hin: in erster Linie inhaltlich die typische Ausdrucksweise der sowjetischen KP („Hitlerdeutschland“, „deutscher faschistischer Imperialismus“, „Nazismus“ etc.) sowie das allgemeine „Parteichinesisch“, in zweiter Linie die Form und Technik. Der russische Übersetzer in Wien hatte offensichtlich keine deutsche Schreibmaschine zur Verfügung, deshalb steht überall statt „ß“ nur „ss“. Abgesehen von grammatischen Fehlern (die überall absichtlich belassen werden) wird sehr oft nicht die deutsche Bezeichnung „UdSSR“ benutzt, sondern die russische „SSSR“. Bezeichnend ist auch die oft vorhandene innere Widersprüchlichkeit zwischen einzelnen, hintereinander folgenden Stücken in bestimmten Fragen sowie auch eines und desselben Beschlusses in der gleichen Frage, die für die sowjetischen Parteidokumente typisch erscheint. Die Dokumente wurden nicht nur von Papen, sondern gleichermaßen vom Außenpolitischen Amt der NSDAP und von der Adjutantur des Führers als echt angesehen.

Überzeugung des Politbüro wird die Taktik Großbritanniens, die sich leicht durch das Bestreben der Londoner Regierung, sich mit Deutschland zu einigen, erklären läßt, von der französischen Regierung, wie auch von den Regierungen der U. d. S. S. R., der Tschechoslowakei und anderer kleiner Staaten abgelehnt werden, da sie mit dem kollektiven Sicherheitssystem unvereinbar ist. Das Politbüro auferlegt der Sowjetdiplomatie, alle ihre Bemühungen darauf zu richten, den britischen Widerstand gegen die Schaffung eines ost- und zentral-europäischen Garantiesystems, die untrennbar verknüpft sind mit der Organisation der Sicherheit in Westeuropa (im engeren Sinne des Paktes), zu überwinden. Nach Ansicht des Politbüro läuft der britische Standpunkt, grob gesprochen, auf die Schaffung einer Lage hinaus, die einen bewaffneten Konflikt zwischen Deutschland und der Sowjetunion unvermeidlich macht. Es entspricht offenbar den geheimen Absichten der Londoner Regierung, einen blutigen Zusammenstoß zwischen dem Nazismus und dem Kommunismus hervorzurufen, der sowohl die Sowjetunion als auch das Hitler-Deutschland notwendigerweise schwächen wird und damit mit einem Schlage „Europa“ (Großbritannien) von beiden Systemen befreit, die die Weltposition des britischen Imperiums bedrohen. Nach der festen Überzeugung des Politbüro erklärt sich der genannte Umschwung in der britischen Politik durch die Annahme, daß das blutige Ringen zwischen der U. d. S. S. R. einerseits, zwischen Deutschland und Japan andererseits in Europa wie in Asien eine Lage schaffen wird, die es dem britischen Imperialismus erlaubt, seine im Laufe der letzten Jahre eingebüßte beherrschende Stellung wiederzugewinnen.

Das Politbüro hält es für notwendig, den Genossen Leitern der Sowjetaußenpolitik dringend zu empfehlen, die Hauptbemühungen darauf zu richten, den Schwerpunkt des Locarno-Problems auf das Gebiet des kollektiven Sicherheitssystems zu verlagern. Nach Ansicht des Politbüro muß das Hauptziel der Sowjetdiplomatie unbedingt darin bestehen, zu verhindern, daß die Locarno-Frage unabhängig vom Völkerbundspakt und vom System kollektiver Friedens- und Sicherheitsgarantien behandelt wird, dessen wichtigen Bestandteil die Hilfeleistungspakte der Sowjetunion mit Frankreich und der Tschechoslowakei vom Mai 1935 darstellen. Das Politbüro glaubt im Gegenteil, daß das Prinzip der „Unteilbarkeit des Friedens“ noch niemals eine so passende Begründung für die Erreichung der Ziele der Sowjetaußenpolitik darstellte wie in der augenblicklichen Situation. Nach der festen Überzeugung des Politbüro muß die Sowjetunion aus Gründen der eigenen Sicherheit auf das entschiedenste gegen jedes [sic!] Kompromiß bei der Lösung der Locarno-Frage kämpfen.

## 2

Außenpolitischer Beschluß des Politbüros der KPdSU

Moskau, 8. April 1936

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn. Gesandtschaft Wien, Berichte des Gesandten v. Papen an den Führer und Reichskanzler, Oktober 1934 — Februar 1938, Bd. 2.

*Nach Entgegennahme des Berichtes des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten über die internationale Lage kommt das Politbüro der KPdSU*

(B) in seiner Sitzung am 8. April in Moskau einstimmig zum Schluß, daß die Rheinlandbesetzung einen neuen, höchst gefährlichen Akt der Aggression des deutschen Faschismus darstellt und daß sie als eine neue, tiefgreifende Vorbereitungsmaßnahme für künftige kriegerische Eroberungspläne Hitlers zu werten ist. Die nazistische Propagandathese, daß der französisch-sowjetischer [sic!] Pakt Locarno verletze, ist eine Legende und eine Irreführung der Weltöffentlichkeit. Das deutsche Angebot von bilateralen Nichtangriffspakten für östliche Nachbarstaaten des Dritten Reiches, das die deutsche Kündigung Locarnos begleitete, maskiert nur Deutschlands Wunsch, von Frankreich Handlungsfreiheit in Zentral- und Osteuropa zu erhalten. Die in den Verträgen der Sowjetunion mit Frankreich und der Tschechoslowakei enthaltene Bestimmung, wonach der eine Vertragspartner seiner Verpflichtung enthoben wird, falls der andere Vertragspartner einen Angriff auf einen dritten Staat unternimmt, fehlt in Hitlers Vorschlägen vollkommen. Das zeigt eindeutig seinen unentwegten Wunsch nach Handlungsfreiheit im Osten.

Wenn die Westmächte rechtzeitig genug Kraft aufgebracht hätten, wirksame Gegenmaßnahmen schnell auszuarbeiten und in die Tat umzusetzen, hätte es sich Hitler überlegt, weiter mit Feuer zu spielen. Da sie aber nur Ratlosigkeit, Schwäche, Unentschlossenheit, Nachgiebigkeit sowie Mangel an Mut und an einheitlichem Willen an den Tag legten, würden sie früher oder später Krieg im Westen haben. Das Politbüro plädierte dagegen für die schärfsten Maßnahmen und für massiven, mit militärischer Demonstration unterstrichenen politischen Druck, um das faschistische Deutschland zu isolieren. Diesem Standpunkt entsprach auch die Rede, die Genosse Litwinov im Völkerbundsrat in London am 17. März gehalten hat. Es ist jedoch höchst bedauerlich, daß erst nach zehn fruchtlos verlorenen Tagen Genosse Litwinov in London hat das Wort ergreifen können.

Das Politbüro befürchtet allerdings ernsthaft, daß es bereits zu spät ist, um Hitlers willkürliches Vorgehen aufzuhalten, geschweige denn seine Rheinlandaktion rückgängig zu machen. Mit Recht hat der französische Außenminister Flandin am 20. März vor der Pariser Kammer von Freunden und Verbündeten Frankreichs in Zentral- und Osteuropa gesprochen. Denn es handelt sich in der Tat nicht nur um die Hilfe, welche Frankreich anderen erweisen soll, sondern auch um die Hilfe, welche anderen [richtig: andere] Frankreich zu erweisen haben. Beide Hilfsakten [sic!] sind jedoch nun fragwürdig, wenn nicht ganz ausgeschlossen geworden. Denn es ist als eine ausgesprochen katastrophale Niederlage des Systems der kollektiven Sicherheit zu werten, daß Frankreich unter dem verheerenden Druck Großbritanniens keine Gegenmaßnahmen oder Sanktionen treffen wollte und die Provokation Hitlers ganz passiv hinnahm. Es ist eine folgeschwere Niederlage, die über die deutsche Liquidierung der Entmilitarisierung der Rheinlandzone im engeren Sinne weit hinausreicht und deren fatale Auswirkungen erst in kommenden Monaten und Jahren zur vollen Entfaltung kommen werden.

Der von den Westmächten de facto sanktionierte Rhein[land]einmarsch Hitlers brachte in die europäische Politik einen scharfen, tiefen Einschnitt, der die Räumung der mitteleuropäischen Positionen Frankreichs sowie die Zersetzung des noch nicht festgefügtten franko-sowjetischen Sicherheitssystems einleitet. Dabei spielt die Hinwendung Frankreichs zu England und die französische Unterwerfung gegenüber den britischen Entschlüssen eine Schlüsselrolle. Das Politbüro erwartet, daß die passive Hinnahme der Herausforderung Hitlers zwangsläufig zu einer allmählichen Abschwächung des franko-sowjetischen Bündnisses

von Paris aus und später auch zu seinem totalen Verlassen durch Frankreich führen wird, was notwendigerweise nicht ohne Einfluß auf die Orientierung der europäischen Außenpolitik der U. d. S. S. R. an die Bindung an Frankreich bleiben könnte. Diesbezüglich betont das Politbüro, daß es Deutschland gelungen ist, Mitteleuropa zu isolieren, indem es einen Riegel und eine Sperre zwischen Frankreich und Mitteleuropa und zwischen der U. d. S. S. R. und Zentraleuropa vorgeschoben hat: im Westen in Gestalt der Besetzung und künftigen Befestigung des Rheinlandes, im Osten in Gestalt der Bindung Polens an den [sic!] faschistischen Lager.

Das Politbüro ist daher fest davon überzeugt, daß

- a) Frankreich durch seine Kapitulation auf die Wahrnehmung seiner Lebensinteressen freiwillig verzichtet und Hitler erlaubt hat, die entmilitarisierte Zone ins militärische Sprungbrett des Nazi-Militarismus gegen Frankreich umzuwandeln;
- b) Frankreich den Rhein[land]einmarsch Hitlers auf eine solche Weise hingenommen hat, daß das französische Sicherheitssystem in Mitteleuropa bereits heute als zusammengebrochen oder mindestens paralysiert zu betrachten ist und daß es recht fragwürdig erscheint, ob Frankreich in Zukunft Kraft und Willen haben werde, gegen die Expansion Hitlerdeutschlands energisch einzuschreiten, wenn es solche Kraft und solchen Willen auf die Probe zu stellen nicht einmal dort bereit war, wo sein eigenes unmittelbares Sicherheitsinteresse auf dem Spiel stand;
- c) dies in besonderem Maße von der Fähigkeit und Bereitschaft Frankreichs gilt, die Interessen seiner Verbündeten in Zentral- und Osteuropa zu verteidigen, wobei auf den bereits angesprochenen Riegel Deutschlands im Rheinland nachdrücklich hinzuweisen ist;
- d) auch wenn Frankreich bereit wäre, diesen Verbündeten gegen Hitlers Expansivität Hilfe zu leisten, es jetzt von diesen durch ein bis zu 250 km Luftlinie tiefes Gebiet zusätzlich getrennt ist, das vor ihm bislang frei und offen lag, was die französische Hilfe an die Sowjetunion und an die Tschechoslowakei sehr erheblich beeinträchtigt;
- e) all dies den französisch-sowjetischen Hilfeleistungspakt in seiner bisherigen politischen und praktischen Bedeutung beträchtlich entwertet, auch wenn dieser durch eine Militärkonvention ergänzt werden sollte, wozu jedoch Frankreich bezeichnenderweise nicht einmal im Moment seiner höchsten Bedrohung bereit gewesen war.

Alle diese Erwägungen und Aspekte bekräftigen die Überzeugung des Politbüro, daß der Beistandspakt mit Frankreich in Zukunft nicht mehr die Basis der europäischen Außenpolitik der Sowjetunion bilden dürfe und daß die französische Bündnispolitik der U. d. S. S. R. zumindest in einigen Grundzügen revisionsbedürftig erscheine.

In der ersten Woche nach dem Rhein[land]einmarsch Hitlers erklärte Titulescu in Paris rumänische Bereitwilligkeit, der Sowjetunion in der Bukowina eine Transitzone in die Tschechoslowakei zur Verfügung zu stellen, unter der Bedingung einer gemeinsamen franko-sowjetischen Garantie der „Integrität“ Bessarabiens. Die Genossen Leiter der Sowjetaußenpolitik werden angewiesen, den inzwischen in Moskau vorliegenden französischen Vorschlag dieser Garantie mit der Begründung zurückzuweisen, zuerst müsse eine französisch-sowjetische Militärkonvention als Ergänzung des gegenseitigen Beistandspaktes abgeschlossen werden. Diesbezüglich auferlegt zwar das Politbüro den Genossen Leitern der Sowjetaußenpolitik, sich mit allen Mitteln und nachdrücklicher als

zuvor darum zu bemühen, den Pakt mit Frankreich durch ein Militärabkommen zu ergänzen und zu konkretisieren, im Falle der wider Erwartung eintretenden Bereitschaft von Paris jedoch dilatorisch zu behandeln. Denn das Politbüro sieht in der veränderten politischen Lage in Europa nach dem 7. März keine Möglichkeit, Frankreich oder der Tschechoslowakei im Falle einer deutschen Aggression militärische Hilfe zu gewähren. Die letzte große Gelegenheit für ein solches Militärauftreten der Sowjetunion gegen Hitlerdeutschland war in den ersten Tagen nach dem 7. März gegeben, sie wurde jedoch durch die Kapitulation Frankreichs vertan. Dies darf zwar nicht bedeuten, daß die vertraglichen Verpflichtungen der Sowjetunion gegenüber Paris und Prag verletzt und nicht eingehalten werden sollten. Das Politbüro sieht sich aber gezwungen, den Genossen Leitern der Sowjetaußenpolitik dringend anzuempfehlen, in der europäischen Politik mit allen Mitteln eine solche Lage zu schaffen, die die Anwendung jener Verpflichtungen der U. d. S. S. R. überflüssig machen würde.

## 3

## Außenpolitischer Beschluß des Politbüros der KPdSU (B)

Moskau, 15. Juli 1936

Bundesarchiv Koblenz. Adjutantur des Führers, NS 10, Bd. 62, fol. 92—96.

## I.

Nach Entgegennahme der Berichte des NKID [Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten] über die internationale Lage kommt das Politbüro der KPdSU (B) in seiner Sitzung in Moskau am 15. Juli zu dem einstimmigen Schluß, daß der Österreich von Deutschland aufgezwungene deutsch-österreichische Vertrag vom 11. Juli, nachdem Italien Österreich seinen Schutz entzogen hatte, die Kapitulation der klerofaschistischen Regierung Österreichs vor dem Diktat Hitlers bedeutet und ihm das Tor zur deutschen Beherrschung Wiens und zum Vorrücken des nazistischen Imperialismus in den gesamten Donaauraum öffnet, so daß die Annexion Österreichs durch Deutschland bis spätestens Herbst 1937 mit Bestimmtheit zu erwarten ist. Bis dahin wird Österreich gänzlich im Schlepptau des Dritten Reiches sein.

Die Zulassung der reichsdeutschen Presse in Österreich; der Verzicht Österreichs auf Kritik an den deutschen Verhältnissen; die „Anpassung“ der österreichischen an die deutsche Außenpolitik; die Aufwertung der österreichischen Nazi-Emigranten im Dritten Reich; die Amnestierung der in Österreich verurteilten Nazis; der bevorstehende Eintritt der österreichischen Faschisten in die Wiener Regierung — alle diese Klauseln des „Vertrags“ hält das Politbüro für zielbewußte, in ihrer Offenheit geradezu perfide Vorbereitung des Anschlusses Österreichs an Deutschland. Das Politbüro ist fest davon überzeugt, daß dem Bestreben, Frankreich bei seinen Verbündeten in Zentraleuropa und auf dem Balkan nach dem Schlag vom 7. März wieder größeres Ansehen zu verschaffen, der Abschluß des deutsch-österreichischen „Vertrages“ einen neuen empfindlichen Stoß versetzt hatte. Mit Mißtrauen und Mißgunst ist zu verfolgen, wie Hitlerdeutschland „friedlich“ eine Zwangsregelung zustandegebracht hat, die, ohne der französischen Regierung einen Anlaß zu offenem Widerstand zu bieten, außerordentlich geeignet ist, den deutschen Einfluß nicht nur in Österreich, sondern darüber hinaus in ganz Mitteleuropa und im Donaauraum

erheblich zu stärken, insbesondere gegenüber der Tschechoslowakei. Von Österreich aus wird jetzt Deutschland einen noch größeren, direkteren Einfluß auf Jugoslawien ausüben und auch eine direkte Verbindung mit Ungarn herstellen, was der völligen Einkreisung der Tschechoslowakei gleichkommt. Der Vertrag vom 11. Juli bedeutet also nicht nur Vorbereitung zur Annexion Österreichs, sondern auch zum Angriff auf die Tschechoslowakei. Die Annexion Österreichs müsse dann bis Herbst 1937, wie das Politbüro überzeugt ist, die Einkreisung der Tschechoslowakei von Deutschland und seinen halbfaschistischen Helfershelfern, Ungarn und Polen, fast restlos absperren.<sup>1</sup>

1) Der zweite Teil des Beschlusses wird hier nicht abgedruckt. Er befaßt sich mit der Vorbereitung des Protokolls zwischen der Sowjetunion und Rumänien am 21. 7. 1936 in Montreux als Vorbereitung zum sowjetisch-rumänischen „Garantie- und Hilfeleistungspakt“ (zu dem es nie gekommen ist) und überschreitet daher das Thema des vorliegenden Beitrags.

## 4

Der tschechoslowakische Gesandte Dr. Štefan Osuský an Außenminister Dr. Kamil Krofta

Paris, 2. April 1936

Archiv ministerstva zahraničních věcí [Archiv des Außenministeriums] Prag. Kab. 1936, Nr. 1107; Tres. II/1, Nr. 47457. Aus dem Tschechischen übersetzt vom Verfasser.

Herr Minister,

heute morgen besuchte mich der sowjetische Botschafter Potëmkin, um mir mitzuteilen, daß sein Militärattaché Vencov mit den führenden französischen militärischen Verantwortlichen über die Eröffnung der Verhandlung zwischen dem französischen und sowjetischen Generalstab infolge des In-Kraft-Tretens des franko-sowjetischen Vertrages gesprochen habe. Es wurde ihm gesagt, daß die militärischen Autoritäten bislang von der Regierung keine Weisungen zur Eröffnung einer solchen Verhandlung bekommen hätten.

Am 28. März empfing Paul-Boncour Potëmkin und teilte ihm mit, er habe mir gesagt, der tschechoslowakische Generalstab solle Verhandlungen mit dem sowjetischen Generalstab über Militärabkommen als über das einzige Instrument für praktische Anwendung des franko-sowjetischen Vertrages eröffnen. Potëmkin sagte mir, er habe Paul-Boncour in dem Sinne geantwortet, daß in dieser Sache das Fundament der franko-tschechoslowakische Allianzvertrag bilde, wonach Frankreich die Verpflichtung habe, der Tschechoslowakei Hilfe zu leisten, wenn diese angegriffen werden würde. Deshalb solle die Grundlage von allem dieses zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei existierende Verhältnis sein. Was Sowjetrußland betrifft, solle dieses bereit sein, mit Frankreich Abmachungen über militärische Maßnahmen zu treffen für den Fall, daß Frankreich oder Belgien von Deutschland angegriffen werden würden. Er fragte mich, ob ich in diesem Sinne mit Flandin und Sarraut reden könnte, um die Verhandlung zwischen dem französischen und sowjetischen Generalstab zu beschleunigen. Ich antwortete Potëmkin, daß ich über die Sache der

Regierung einen Bericht erstatten werde und daß ich danach frage, welche Absichten und Pläne die Regierung in dieser Sache habe.

Ich bitte Sie, Herr Minister, mir mitzuteilen, was Sie in der Sache des Abkommens zwischen dem tschechoslowakischen und sowjetischen Generalstab getan haben oder zu tun beabsichtigen, und ob Sie denken, daß ich auf die französische Regierung zugunsten des Abkommens zwischen dem französischen und sowjetischen Generalstab einwirken sollte.

Herzlich grüßt Sie

Ihr ergebener  
Osuský.

5

Persönliche Botschaft des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Dr. Edvard Beneš an den französischen Ministerpräsidenten Léon Blum

Prag, 18. Dezember 1936

Archiv minsterstva zahraničnich věcí [Archiv des Außenministeriums]  
Prag. Kab. 1936, Nr. 5590. Links oben: *Confidentiel*.

*Chér Monsieur le Président,*

*J'estime nécessaire de vous informer que le gouvernement soviétique nous a proposé de négocier la ligne générale d'une démarche stratégique commune. J'ai l'intention de donner une réponse vague, mais avant de la faire, je voudrais vous exposer mon point de vue sur la question d'une éventuelle convention militaire tchécoslovaque avec l'Union Soviétique.*

*A mon avis, il faut soumettre toute négociation avec l'Union Soviétique à l'appréciation de l'Angleterre. Avant tout, il faut que la France et l'Angleterre soient unies par un accord, et ce n'est qu'alors seulement qu'il sera possible d'envisager une nouvelle convention avec l'Union Soviétique. Pour toute autre négociation ultérieure, plus générale, il est nécessaire d'obtenir le consentement préalable de Londres. Bien plus encore, il serait convenable de ne pas nouer de nouvelles négociations franco-soviétiques par rapport à l'évolution de la situation en Espagne. Dans la situation actuelle, il serait préférable de hâter et de conclure la négociation sur le pacte entre la Petite Entente et la France, puis, dans une phase ultérieure, d'engager ensemble avec l'Angleterre une négociation sur un nouveau Locarno; on offrirait en même temps des avantages financiers et économiques à l'Allemagne. Pendant la négociation sur un nouveau Locarno, il serait bon d'assurer fermement l'Union Soviétique qu'elle n'est pas abandonnée et qu'elle garde toujours l'espoir que les négociations sur la convention militaire auront lieu plus tard. Ce n'est qu'au cas où les perspectives de soutien économique et financier ne satisferaient pas l'Allemagne, et où la négociation sur un nouveau Locarno échouerait qu'il serait possible de négocier avec Moscou sur une convention militaire.*

*Une telle façon de procéder me paraît être la plus appropriée, et il serait nécessaire pour ce plan de persuader l'Union Soviétique. On ne doit en aucun cas délaissier l'atout russe. Il m'importe beaucoup que vous compreniez parfaitement les raisons pour lesquelles je m'insurge contre le fait qu'on négocie sans délai avec Moscou sur une convention militaire, et ceci par l'intermédiaire de la Tchécoslovaquie. Dans ce cas:*

a) la campagne allemande contre la Tchécoslovaquie se renforcerait,

- b) la Yougoslavie et la Roumanie s'éloigneraient encore plus de la Tchécoslovaquie, et la négociation sur le pacte de la Petite Entente avec la France deviendrait encore plus difficile,
- c) la droite française accuserait la Tchécoslovaquie d'entraîner la France dans des engagements dangereux,
- d) le déroulement de toutes nos négociations avec la Russie suivrait cet ordre: la France négocie, la Tchécoslovaquie consent à passer un compromis.
- A mon avis, cela a toujours représenté un grand avantage. Du reste, c'était toujours très accessible pour la Tchécoslovaquie. Cela a provoqué moins de critique, moins de danger et moins de haine en Allemagne. Je crois que même à l'avenir, il serait bon de procéder de la même manière.

Je serais heureux, Monsieur le Président, si vous pouviez partager mon point de vue, et je vous serais reconnaissant de bien vouloir communiquer votre propre position.

Veuillez agréer, Monsieur le Président, l'assurance de mes profonds respects et de ma cordiale amitié.

Votre dévoué

Dr. Edvard Beneš.

#### Summary

##### *The Turnabout of Soviet Policy Concerning Central Europe after the Occupation of the Rhineland*

The present contribution deals with the reaction of the Soviet Union to the occupation of the Rhineland and with the conclusions, which Moscow had drawn from this fact for its foreign policy concerning Central Europe. The contribution is based on mostly new and unpublished sources: on the one hand on Czechoslovakian archives material being unknown in the West (diplomatic dispatches in the Archives of the Foreign Office in Prague; Beneš's personal notes in the Archives for History of the KPČ in Prague), on the other hand it is based on the recently discovered decisions of the Moscow Politburo regarding foreign policy (*Bundesarchiv* [Federal Archives] Koblenz, *Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes* [Political Archives of the Foreign Office] Bonn). Supplementations could be drawn from German and British diplomatic material (*Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn*, Public Record Office London). Finally police and military reports from two more archives in Prague were taken into account.

In the first phase of the development of the French-Soviet-Czechoslovakian pact system between May 1935 and March 1936 the Soviet leaders instrumentalized the pacts as protective measures of the USSR itself facing an — in Soviet view — immediately threatening German aggression against the Soviet Union. In this regard France and Czechoslovakia as allies of the Soviet Union had to bear the main burden. After the break-down of the European defence system as a result of the fact that France had submitted in the occupation of the Rhineland without resistance, the Soviet Union was suddenly faced with a situation, in which no longer French or Czechoslovakian support of the attacked USSR was in consideration, but on the contrary, Soviet assistance for the threatened France or for Czechoslovakia being in danger. But Moscow was by no means willing to share just this functionality of the pacts.

In April 1936 the Moscow Politburo obliged the management of Soviet foreign policy to exercise utmost restraint concerning the French and especially the Czechoslovakian ally. Since then Moscow pursued a new political course in order to be able to keep distance from its contractual obligations in Central Europe, to evade them and to neutralize them. The passive distance of Soviet policy from Central Europe as consequence of Hitler's occupation of the Rhineland being accepted without resistance, and — as a result — the changed international constellation in the spring of 1936 — these developments indicated the failure of the Soviet Union in September 1938: Moscow's passive attitude during the crisis of Munich was prepared by the Soviet distance from Central Europe after the occupation of the Rhineland.